

ENERGIEDEPESCHE

Informationen für Energieverbraucher

Nr. 6 • Juni 1989

**BUND DER
ENERGIE
VERBRAUCHER**

1,50 DM • Z 2045 F

Wärmepass spart Energie

Jeder weiß, wieviel Sprit sein Auto verbraucht. Kaum einer kennt den Heizenergiebedarf seiner Wohnung oder seines Hauses. Der Benzindurst unserer Autos hat sich in den letzten 20 Jahren fast halbiert. Der Wärmepass rechnet uns vor, wieviel Heizenergie wir noch einsparen können. Beispiele aus der Schweiz, Dänemark und Hessen sollten in der ganzen Bundesrepublik Schule machen.

Beim Auto ist es längst üblich, den genormten Verbrauch je 100 km anzugeben. Man legt dabei ein durchschnittliches Fahrverhalten zugrunde. Jeder kann seinen eigenen Verbrauch mit Hilfe des Normverbrauchs als Maßlatte bewerten. Beim Autokauf kann man sich für das sparsamere Modell entscheiden und so zur Entwicklung und Produktion solcher Modelle beitragen.

Bei Gebäuden könnte eine genormte Beschreibung des Energieverbrauchs einen ähnlichen Einspareffekt bewirken. Denn damit würden die nach wie vor gewaltigen Einsparpotentiale für jedermann sichtbar. In der Schweiz und in Dänemark haben sich entsprechende Verfahren bereits bewährt

und durchgesetzt.

Wenn Mieter und Hauskäufer über den Energieverbrauch im Voraus Bescheid wissen, steigen sparsame Objekte im Wert. Energiesparende Investitionen lohnen sich dadurch wieder stärker.

In der Schweiz ist die **Energiekennzahl** als globaler Kennwert „Energieverbrauch pro Quadratmeter beheizter Fläche“ weit verbreitet. Dieser Kennwert ist einfach und ohne großen Kostenaufwand zu ermitteln und kann dann mit dem Erfahrungswert vergleichbarer Gebäude gegenübergestellt werden (vgl. Tabelle auf Seite 5). Die Energiekennzahl hängt von den individuellen Verbrauchsgewohnheiten, von der Wärmedämmung des Ge-

Lesen Sie weiter auf Seite 4.



RATSCHLÄGE IN ENERGIEFRAGEN

Energietelefon

Bei den Experten des Bundes der Energieverbraucher sind Sie gut aufgehoben, wenn Sie eine Frage haben. Seite 14.

TARIFDSCHUNDEL STATT KLARHEIT

Neue Stromtarife

Der Bundeswirtschaftsminister hat eine neue Bundestarifordnung vorgeschlagen. Trotz einzelner Fortschritte fordern die Verbraucher zahlreiche wichtige Verbesserungen. S. 10.

COMPUTER ANALYSIERT HEIZENERGIE

Geld verheizt?

Ein Fragebogen ermöglicht unserem Computer eine Bewertung Ihres Heizenergieverbrauchs mit Spartips, die sich lohnen. S. 6.

KLUGER KAUF SPART BARES GELD

Sparsame Geräte

Lesen Sie auf Seite 16, welche Hausgeräte auf dem Markt am sparsamsten sind. Oft sind sparsame Geräte nicht teurer.

Liebe Leser,

uns Verbrauchern bleibt das große Staunen. Da werden Kernkraftdenkmäler – schrottreif – um die 20 Milliarden teuer in die Landschaft gebaut, trotzdem soll Kernkraftstrom konkurrenzlos billig sein. Niemand mag da noch so kleinlich sein und sich über das 1 Milliarde Trostpflaster für die wackeren Wackersdorfer für die entgangene Plutoniumfabrik aufregen (werden nun möglicherweise alle, die bisher keine Atomanlage vor der Tür haben, für diesen Verlust Schadensersatz erhalten?) Schließlich weiß jedermann, wie sich Stromgroschen und Kohlepfennige der Verbraucher in den Kassen von RWE, VEW, Bayernwerk usw. zu Milliardenbeträgen auftürmen, weil der Strom mit abgeschriebenen Kraftwerken so billig hergestellt wird, wie dies die Tarifaufsicht nur kaum erahnen kann. Im Gegenteil, erst die Kernkraft macht die Stromerzeugung so billig, daß ihre Investitionsruinen bezahlbar werden. Darin, so lernen wir staunenden Verbraucher, zeigt sich eben die Leistungsfähigkeit der deutschen Stromversorgung.

Und nur die teure deutsche Kohle treibt die Strompreise bei uns in die Höhe. Das hat nun wieder mit billiger Kernkraft nichts zu tun. Und erst recht nichts mit den Investitionsruinen oder den überflüssigen Milliarden. Damit dies alles in die EG-Landschaft passt, müs-



sen die Industriestrompreise runter, soll die deutsche Kohle eben dran glauben. Dann können die Franzosen mit ihrem Billigstrom ruhig rein zu uns. Andernfalls gäbe es böses Blut in Brüssel, und die EG-Kommission würde die deutsche Stromwirtschaft den Wettbewerb

lehren. Amen – so ist das, lernen die staunenden Verbraucher.

Wie wäre es wohl, wenn die Kernkrafttruinen von denen gezahlt würden, die sie zu verantworten haben. Und wenn die überflüssigen Milliarden denen zurückgegeben werden, denen sie gehören: den Stromkunden. Auch dadurch könnte man zu günstigeren und europaweit konkurrenzfähigen Strompreisen kommen – auch für Tarifkunden.

Aribert Peters

In dieser Ausgabe:

Wärmepass spart Energie	1
Leserbriefe	2
Liebe Leser	2
Impressum	2
Stromsperre	3
Fragebogen Computeranalyse	6
Schummel mit Deputatkohle	7
Gasabrechnung	8
Neue Heizkostenverordnung	9
Stromtarifreform	10
Aktive Vereinsarbeit	14
Experten helfen	
Energietelefon	14
Spenden absetzen:	
Steuertips	14
Beitrittserklärung	15
Auch ein Mitglied: W. Knigge	15
Sparsame Hausgeräte	16
VEBA-Lampen-Kredit	18
Heizöl: Warme Ware	18
Europa der Großindustrie?	19
RWE: Klättes Abgang	19
Aktuelles	19,20

Impressum

Die ENERGIEDEPESCHE erscheint einmal vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Einzelheft: 1,50 DM. Jahresabonnement: 12 DM incl. Versand.

Herausgeber: BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER e.V., Bonn, Josefstr. 24, 5342 Rheinbreitbach, Tel.: 0 22 24/7 84 75.

Redaktion:
Dr. Aribert Peters

Redaktionsschluß dieses Heftes:
10. Juni 1989

Mitarbeiter dieser Ausgabe:
Johanna Bierhold, Wolfgang Knigge, Klaus Michael, Aribert Peters, Ehrenfried Tribut, Dietlind Preiss, Thomas Wolf.

Die Beiträge stellen die Ansicht der Autoren, nicht des Herausgebers dar.

Druck: Plump Druckerei KG, 5342 Rheinbreitbach, Rolandsecker Weg 33.

Auflage: 19 000 Exemplare

ISSN 0933-8055, Vertriebskz Z 2045 F

LESERBRIEF

Solarzellen

Gratuliere zu Nr. 5 „Energiedepesche“. Interessante Informationen sind drin! Habe keine Zeit für „aktive Mitarbeit“ (und auch keine Ahnung), aber 50 Exemplare unter Mann/Frau zu bringen, schaffe ich noch. Bitte um entsprechende Zusendung, „Spende“ von 50.-DM folgt. Spannend: Kann man/frau zum kleinen Energieunternehmen werden, wenn der Solarstrom reichlich fließt und wenig verbraucht wird? Wieviel Stromkosten lassen sich mit wieviel Solarzellen in einem durchschnittlichen Haushalt einsparen?

Günther Schmid, Berlin

Stromsperre

Freie Hand für die Stromversorgungsunternehmen

Gesetzliche Grundlage: AVB

Nach der „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung“ (AVBElt), §33, kann das Versorgungsunternehmen bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einstellen. Dies gilt zunächst unabhängig von der Höhe des Rückstands. Auch ist es ohne Einfluß, ob zwischenzeitlich eine andere Abnahmestelle besteht, etwa infolge eines Umzugs. Diese Regelung führt zu einer Fülle von Stromsperren bei Beendigung des jährlichen Abrechnungszeitraumes, wenn z.T. erhebliche Nachzahlungen auf die Abnehmer zukommen.

RWE kein „Kreditunternehmen“

Die Versorgungsunternehmen, etwa das RWE (dessen Aufsichtsratsvorsitzender dem Vorstand der Deutschen Bank angehört), stehen auf dem Standpunkt, kein „Kreditunternehmen“ zu sein, und bestehen auf sofortiger Zahlung. Im Höchstfall werden drei Ratenzahlungen eingeräumt. So etwa im Fall einer Familie mit drei kleinen Kindern und einem monatlichen Netto-Einkommen von ca. 2100 DM. Der Nachzahlungsbetrag machte 2.100 DM aus, obwohl die Familie monatliche Vorauszahlungen in Höhe von 237 DM geleistet hatte. Der hohe Verbrauch war für die Familie nicht vorhersehbar gewesen, da sie die Wohnung neu bezogen hatte.

Das RWE verlangte nunmehr Vorauszahlungen von ca. 370 DM monatlich sowie monatlich 700 DM Nachzahlungsraten, obwohl offensichtlich war, daß die Familie dies nicht leisten konnte. Folge: Androhung der Stromsperre, obwohl §33 AVB vorsieht, daß eine Stromsperre nur dann vorgenommen werden darf, wenn nicht die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, daß der Kunde seinen Verpflichtungen nachkomme.

Rechtssprechung versagt

Auch die Gerichte helfen in diesen Fällen nicht weiter. Schon der Antrag auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe, um schnellen Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen, wird wegen „mangelnder Erfolgsaussicht“ abgelehnt.

Damit können die Versorgungsunternehmen wegen ihrer Monopolstellung mit der Drohung der Stromsperre Stromabnehmer unter Druck setzen und das Verhältnismäßigkeitsprinzip außer Kraft setzen.

Gebäudeschäden durch gesetzeswidrige Stromsperre

Ein Mieter zog aus und kündigte den Stromversorgungsvertrag. Der Eigentümer stellte die Heizung auf Nachtbetrieb. Ein Mitarbeiter des

noch nicht beglichen war. Dabei hatte die dreiköpfige Familie zwei Jahre lang unbehelligt nach einem Umzug Strom bezogen und diesen auch stets pünktlich bezahlt. Unter dem Druck der Situation, die Ehefrau stand kurz vor der Entbindung des zweiten Kindes, wurde mit dem Stromversorgungsunternehmen eine Ratenzahlung vereinbart. Die Familie muß jetzt von weniger als dem staatlich anerkannten Minimum leben. In einem anderen Fall bezieht ein junger Mann gar seit vier Jahren keinen Strom mehr, weil er sich nicht in der Lage sieht, eine alte Schuld von seiner Sozialhilfe zu begleichen.

Einer anderen Familie wurde der Strom abgedreht, obgleich die Frau Kundin war und stets ihre Rechnung pünktlich bezahlte. Der Grund: eine alte Stromschuld, die der Mann mit in die Ehe gebracht hatte. Dessen Verdienst lag unterhalb der Pfändungsgrenze. Der reguläre Weg zur Eintreibung war also versperrt. Und so wurde der ganzen Familie der Strom für einen Tag gesperrt.

Druckmittel Stromsperre zwingt Sozialhilfeempfänger in die Knie

Sozialhilfe ist, und dies aus gutem Grund, nicht pfändbar. Denn sie soll ein „menschenwürdiges Leben“ ermöglichen. Aber: Stromversorgungsunternehmen können über das Druckmittel Stromabschaltung selbst Sozialhilfeempfänger noch zur Rückzahlung alter Schulden veranlassen, und zwar selbst dann, wenn die Bezahlung der laufenden Stromrechnung vom Sozialamt garantiert wird.

Versorgungsbedingungen für Strom nicht mehr zeitgemäß

Nach §7 des Energiewirtschaftsgesetzes haben die „Allgemeinen Versorgungsbedingungen“ die beiderseitigen Interessen der Vertragsparteien angemessen zu berücksichtigen. Eines haben die hier angeführten Beispiele sicherlich verdeutlicht: Die geltende AVB ist nicht mehr zeitgemäß. Und von angemessenem Interessenausgleich durch die Regelungen der geltenden Versorgungsbedingungen kann überhaupt keine Rede sein. JB *



Stromversorgungsunternehmens verschaffte sich drei Tage später in Abwesenheit des Eigentümers Zutritt zu dem Haus und schaltete den Strom ab. Davon wurde der Eigentümer nicht unterrichtet. Die Stromabschaltung war deshalb vertragswidrig, weil schon die Stromabnahme einen neuen Stromliefervertrag zustande kommen ließ (OLG Frankfurt, 1988).

Gerade Sozialhilfeempfänger von Stromsperren betroffen

Einer Familie mit einem kleinen Kind wurde kurzfristig der Strom gesperrt, weil eine alte Stromrechnung

Fortsetzung von Seite 1: Wärmepass bündes, dem Zustand der Heizung und von klimatischen Gegebenheiten (milder oder strenger Winter, lokales Klima in der Gebäudeumgebung) ab. Die Energiekennzahl allein läßt nicht erkennen, ob z.B. ein hoher Wert durch das Verbrauchsverhalten, die Wärmedämmung, die Heizung oder das Klima bedingt ist.

Um zu einer Bewertung von Gebäuden und Heizung zu kommen, die unabhängig von Klima und Heizgewohnheiten ist, bedarf es genauerer Untersuchungen von Heizung und Gebäude. Das Ergebnis kann in Form eines „Wärmepasses“ als technisches Zertifikat ausgestellt werden. Es gibt dafür unterschiedliche anerkannte Untersuchungsverfahren, wie z.B. die VDI 2067 oder die Schweizer Norm SIA 380. Die Kosten belaufen sich für ein Einfamilienhaus auf etliche Hundert DM.

Schweizer Norm SIA 380

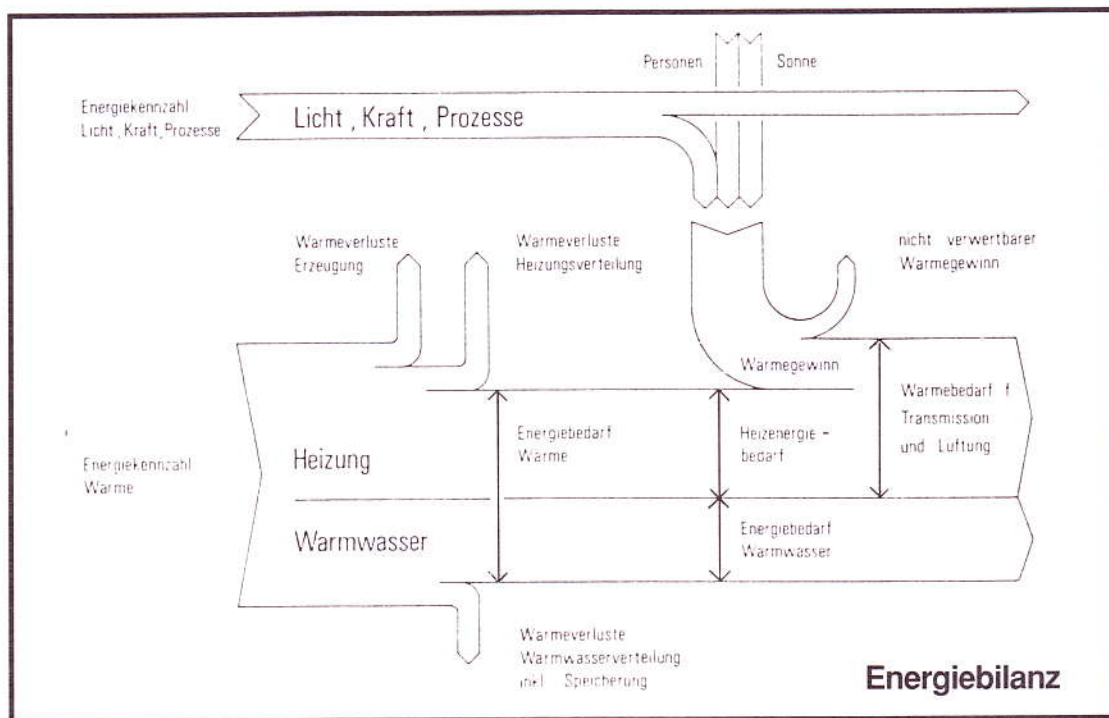
Neben der Energiekennzahl kennt man in der Schweiz die Norm 380 „Energie im Hochbau“ des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA). Ausgangspunkt ist die Energiebilanz eines Gebäudes (vgl. Abbildung), bezogen auf Quadratmeter beheizter Fläche („Energiebezugsfläche“). Im Bereich Wärme wird der höchstzulässige **Heizenergiebedarf** je Quadratmeter beheizter Fläche eines Gebäudes angegeben. Die zulässigen Wärme- und Verteilungsverluste werden durch den minimalen **Nutzungsgrad** der Heizung festgelegt. Die Werte sind für 5 Gebäudetypen tabelliert (Einfamilienhäuser, Mehrfamilienhäuser usw.) und gelten sowohl für Um- als auch für Neubauten.

Bei Neu- und Umbauten kann der Bauherr oder die Genehmigungsbehörde Architekten und Bauträger auf die Einhaltung der beiden Werte verpflichten. Die Werte beziehen sich auf genau definierte Standardnutzungen für jeden Gebäudetyp. Nach Bauerfertigung kann dann kontrolliert

werden, ob die tatsächlichen Verbrauchswerte den angestrebten Werten entsprechen. Das SIA380-Verfahren ersetzt in der Schweiz das traditionelle Verfahren, bei dem die minimale Wärmedämmfähigkeit (k-Werte) von Fenstern, Wänden usw. einzeln festgelegt wurden. Das neue Verfahren ist einerseits genauer, weil es die gesamte Energiebilanz des Gebäudes einbezieht. Auf der anderen Seite ist es flexibler, weil es nur das Endziel festlegt, den Weg dorthin aber offenläßt.

gebauten Häuser auf das Niveau von Neubauten absenken. Für öffentliche Gebäude und für Hausverkäufe wurde eine genaue Untersuchung des Energieverbrauchs sowie die Ausarbeitung von Sanierungsvorschlägen („Wärmepass“) vorgeschrieben.

In der Startphase 1981 bis 1985 wurde die Analyse bezuschusst. Immerhin wurde die Hälfte der im „Wärmepass“ vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen tatsächlich auch durchgeführt.



Hessen: SIA-Norm übernommen

In Hessen hat das Institut für Wohnen und Umwelt (IWU) in Darmstadt das Schweizer Verfahren auf deutsche Temperaturverhältnisse übertragen („Energiebewußte Gebäudeplanung - Ein Leitfaden sowie ein Verfahren zur Berechnung des Wärmebedarfs von Gebäuden“). Möglicherweise beschließt das Wiesbadener Kabinett, für alle öffentlichen und öffentlich geförderten Gebäude die Einhaltung der Schweizer Grenzwerte vorzuschreiben. In Schleswig-Holstein werden ähnliche Überlegungen angestellt.

Dänischer Wärmepass

In Dänemark hat man mit Gesetzen und öffentlichen Fördergeldern seit 1981 in großem Stil einen „Wärmepass“ eingeführt. Man wollte damit den Energieverbrauch aller vor 1979

Der Ländervergleich Dänemark, Schweden und Norwegen legt nahe, daß der Wärmepass in Dänemark zu großen Energieeinsparungen geführt hat: In Schweden gab es ein ähnliches Einsparprogramm wie in Dänemark, während es in Norwegen nichts dergleichen gab. Die Energieeinsparungen in Schweden waren in der Folge dreimal höher als in Norwegen.

Vorschlag der EG-Kommission

Aufgrund der positiven dänischen Erfahrungen hat die EG-Kommission dem Rat 1987 eine „Richtlinie über den Ausweis der Energieeffizienz von Gebäuden“ vorgeschlagen.

- Beim Verkauf eines Altbaus muß eine Energiediagnose mit Sanierungsvorschlägen,
- bei der Vermietung eines Altbaus der theoretische Verbrauch bei normaler Nutzung und
- bei Vermietung eines Altgebäudes der registrierte Verbrauch

ausgewiesen werden.

Der Richtlinienvorschlag scheiterte bisher am hartnäckigen Widerstand vor allem aus der Bundesrepublik und Großbritannien. Das Bundeswirtschaftsministerium setzt auf freiwillige Lösungen und bezweifelt den Einsparerfolg eines „Wärmepasses“ nach dänischem Vorbild.

Diskussion auf dem 2. Bundestreffen

Auf dem zweiten Bundestreffen des Bundes der Energieverbraucher in Bonn wurde das Thema „Wärmepass“ sehr ausführlich und fachkundig erörtert. Peter Menke-Glückert, früherer Abteilungsleiter im Umweltministerium, stellte die Schweizer Erfahrungen dar, Prof. Hauser, Kassel, präsentierte erstmals den von ihm entwickelten „Wärmepass“ und Holger Krawinkel berichtete aus Schleswig-Holstein und Dänemark.

Zweistufiges Vorgehen sinnvoll

Die ausführliche Diskussion mit hochkarätigen Experten aus Verbänden und Ministerien führte zu folgendem Ergebnis:

Ein „Wärmepass“, der die Energieeffizienz eines Gebäudes unabhängig von Klima und Verbrauchsverhalten darstellt, ist zu spürbaren Kosten zu haben und bleibt daher zunächst auf wenige Fälle beschränkt – zumindest solange keine staatlichen Gelder dafür bereitstehen. Um eine große Breitenwirkung zu erzielen, muß im ersten Schritt der tatsächliche Verbrauch festgestellt und in einem „**Wärmeverbrauchs-nachweis**“ dokumentiert werden. Daraus kann die Energiekennzahl berechnet werden, und eine erste grobe Bewertung des Verbrauchs wird ohne größeren Aufwand möglich. Ergibt sich dabei ein weit über dem Durchschnitt liegender Ver-

brauch, so rentiert sich höchstwahrscheinlich, den Ursachen dafür durch eine genauere Untersuchung („Wärmepass“) auf den Grund zu gehen. Ein solcher „Wärmeverbrauchs-nachweis“ wird schon seit langem von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und dem Deutschen Mieterbund gefordert. Er entspricht auch dem Vorschlag der EG-Richtlinie, bei der Vermietung von Altbauten den registrierten Verbrauch festzuhalten.

Energiekennzahlen

Endenergieverbrauch in kWh je Quadratmeter beheizter Fläche und Jahr

Altbau.....Neubau.....		
	Unsaniert	Saniert	Grenzw.	Zielwert
Ein/Zweifamilienhaus				
Warmwasser mit Heizung	175	125	130	100
Nur Heizung ohne Warmw.	144	100	103	78
Mehrfamilienhaus				
Warmwasser mit Heizung	181	138	133	103
Nur Heizung ohne Warmw.	144	100	93	70
Verwaltungsbauten ohne				
Klimaanl. und Warmwasser	125	88	85	60
Grundschulen, Kindergärten incl.				
Warmwasser	132	94	98	73
Andere Schulen incl. Warmwasser	150	106	98	73

Energiekennzahlen vereinfacht nach SIA380 und auf deutsche Verhältnisse umgerechnet.

Im zweiten Schritt erfolgt dann gegebenenfalls eine detaillierte Analyse des Energieverbrauchs. Hierfür kommt das Verfahren nach der VDI-Richtlinie 2067, das Verfahren von Prof. Hauser oder das Schweizer SIA380-Verfahren in Frage. Sowohl vom theoretischen Ansatz als auch von der Praktikabilität her scheint das schweizer Verfahren klare Vorzüge zu besitzen.

Analyseprogramm als Zwischenschritt

Zwischen einer einfachen Energiekennzahl und einem teuren Wärmepass ist die z.B. vom Bund der Energieverbraucher angebotene computergestützte Bewertung des Heizenergieverbrauchs anzusiedeln (vgl. S. 6). Der Fragebogen ist einfach und kurz gehalten, berücksichtigt aber Klimaeinflüsse, die Qualität der Heizung, das Baualter, die Größe des Gebäudes und ggf. die Lage der Wohnung im Gebäude usw. So gelingt es zu sehr geringen Kosten unter vereinfachenden Annahmen, die Einflüsse von

Heizung, Gebäude, Klima und Verhalten auf den Energieverbrauch voneinander zu trennen und einzeln zu bewerten. Dies ist bei der einfachen Bewertung mit Hilfe der Energiekennzahl nicht möglich. Die Treffsicherheit des Bewertungsprogramms hängt entscheidend von der sorgfältigen Ausfüllung des Fragebogens ab. Skepsis ist dabei angebracht. Denn in empirischen Untersuchungen wurde festgestellt, daß schon die Ermittlung

der beheizten Flächen durch Nichtfachleute in vielen Fällen zu falschen Angaben führt.

Wärmeverbrauchs-nachweis als Diskussionsgrundlage

Eine Arbeitsgruppe des Bundes der Energieverbraucher hat unter Leitung von Michael Götze einen Diskussionsvorschlag zur Einführung eines Wärmeverbrauchs-nachweises auf freiwilliger Basis erarbeitet. Er wird auf An-

frage gern an jeden versandt, der sich aktiv an der Diskussion beteiligen möchte.

Es handelt sich um einen Frage- und Auswertungsbogen, auf dem der Energieverbrauch der letzten drei Jahre erfasst und daraus unter Berücksichtigung des Klimas die Energiekennzahl errechnet wird. Während die Heizkostenabrechnung die Heizkosten **einer Wohnung** darstellt, dokumentiert der Wärmeverbrauchs-nachweis (WÄN) den Energieverbrauch eines **gesamten Gebäudes**. Hausbesitzer und ggf. Mieter können mit dem WÄN die Höhe des Energieverbrauchs grob bewerten. Man kann erwarten, daß mit Einführung des WÄN die Nachfrage nach genaueren Untersuchungen des Energieverbrauchs, wie sie etwa von der AgV in der Vor-Ort-Beratung in einigen Orten angeboten werden, stark ansteigt.

Sollte die Diskussion zu einem positiven Ergebnis führen, so sollte zusammen mit anderen Verbänden die Einführung des WÄN auf freiwilliger Basis angestrebt werden. AP *

Verheizen Sie zuviel Geld?

Selbst bei geringen Energiepreisen kann eine Analyse des Heizenergieverbrauchs bares Geld wert sein. Unser Computerprogramm bewertet Ihren Verbrauch, den Zustand des Gebäudes und der Heizung und Ihr Heizverhalten. Sie erfahren, wie hoch Ihr Verbrauch liegt im Vergleich zu ähnlichen Gebäuden und bekommen gezielte Einsparhinweise.



Füllen Sie gleich den Fragebogen aus! Heizkostenabrechnungen und Stromheizungen kann das Programm nicht überprüfen bzw. bewerten. Schicken Sie ihn dann an den Bund der Energieverbraucher, Josefstr. 24, 5342 Rheinbreitbach. Große Sorgfalt ist hier erforderlich. Denn nur ein korrekt ausgefüllter Fragebogen führt zu verlässlichen Ergebnissen.

DAS GEBÄUDE

Baujahr des Hauses	_____
Beheizte Fläche in qm	_____
Gebäude freistehend oder	<input type="checkbox"/>
Reihenmittelhaus oder	<input type="checkbox"/>
Reihenendhaus/Doppelhaus	<input type="checkbox"/>
Wenn Wohnung, dann:	
Geheizt wird auch	
darüber und darunter oder	<input type="checkbox"/>
darüber oder darunter oder	<input type="checkbox"/>
weder drüber noch drunter	<input type="checkbox"/>
Das Gebäude liegt klimatisch	
(Wind, Besonnung, Gelände)	
besonders günstig	<input type="checkbox"/>
(zB. Süden, Innenstadt, Tal)	
normal	<input type="checkbox"/>
besonders ungünstig	<input type="checkbox"/>
(zB. im freien Gelände, Norden)	
Höhe ü. d. Meeresspiegel	_____

DIE DÄMMUNG

Die Fenster sind	
überwiegend Isolierglas	<input type="checkbox"/>
teilweise Isolierglas	<input type="checkbox"/>
durchweg Einfachglas	<input type="checkbox"/>
Das Dach ist	
überwiegend gedämmt	<input type="checkbox"/>
teilweise gedämmt	<input type="checkbox"/>
nicht wärmegeklämt	<input type="checkbox"/>
Die Außenwände sind	
überwiegend gedämmt	<input type="checkbox"/>
teilweise gedämmt	<input type="checkbox"/>
nicht extra gedämmt	<input type="checkbox"/>
Die Kellerdecke ist	
überwiegend gedämmt	<input type="checkbox"/>
teilweise gedämmt	<input type="checkbox"/>
nicht extra gedämmt	<input type="checkbox"/>

ENERGIEVERBRAUCH

Im folgenden wird der Energieverbrauch für die Beheizung der links beschriebenen Gebäudeflächen mit der Heizung im rechts angegebenen Zustand erfragt.

Erdgas

Verbrauchszeitraum
von _____ (Monat/Jahr)
bis _____ (Monat/Jahr)
Verbrauch _____ kWh

Heizöl

Verbrauchszeitraum
von _____ (Monat/Jahr)
bis _____ (Monat/Jahr)
Verbrauch _____ Liter

Fernwärme

Verbrauchszeitraum
von _____ (Monat/Jahr)
bis _____ (Monat/Jahr)
Verbrauch _____ Einheit:

Briketts

Verbrauchszeitraum
von _____ (Monat/Jahr)
bis _____ (Monat/Jahr)
Verbrauch _____ kg

Holz

Verbrauchszeitraum
von _____ (Monat/Jahr)
bis _____ (Monat/Jahr)
Verbrauch _____ Raummeter

Warmwasser ist in diesem Verbrauch enthalten ja ☐ nein ☐

Warmwasser wird mit Heizkessel erwärmt ja ☐ nein ☐

Personen im Haushalt _____

Wir gehen mit Warmwasser um

sehr sparsam ☐
etwa normal ☐
eher großzügig ☐

Kochen mit Gas ja ☐ nein ☐

DIE HEIZANLAGE

Die folgenden Daten entnehmen Sie bitte dem letzten Schornsteinfegerprotokoll bzw. dem Typenschild Ihrer Heizung.

Nennleistung des Kessels _____ kW

Baujahr des Kessels _____

Abgasverlust der Heizung _____ %

Der Raum, in dem die Heizung steht, ist im Winter

kühl ☐

warm oder sehr warm ☐

Der Raum ist beheizt ja ☐ nein ☐

Es handelt sich um eine

Einzelraumheizung ☐

Etagenheizung ☐

Zentralheizung ☐

Fernheizung ☐

ZUR PERSON

Die Analyseergebnisse sollen geschickt werden an:

Name _____

Strasse _____

Ort _____

Telefon _____

Bitte haben Sie etwas Geduld, da die Auswertung einige Zeit in Anspruch nimmt. Mit der wissenschaftlichen Verwertung der Angaben ist der Einsender des Fragebogens einverstanden.

Der Einsender ist Mitglied im BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER ☐

andernfalls:

Verrechnungsscheck über DM 20 liegt bei ☐

Kumpel gucken ins Fernwärmerohr

Deputatkohle für Bergarbeiter

Die Bergarbeitersiedlung „Neue Kolonie“ liegt in der Nähe von Duisburg. Sie besteht aus etwa 300 Wohnungen, gebaut 1922. Die Ruhrkohle hat die Siedlung 1984 an eine Tochtergesellschaft, die Rhein-Lippe-Wohnungsgesellschaft, verkauft.

Die Bergleute bekommen schon immer Deputatkohle, also bestimmte Gratiskohlemengen, als Lohnbestandteil: Verheiratete 6t, Ledige 3,5t und Rentner 2,5t Steinkohle. Aus 6t Steinkohle kommen 27 800 Kilowattstunden Wärme (Umwandlungswirkungsgrad 43%) – genug zur Heizung einer großen Wohnung mit Kohleöfen. Oft konnten noch 1 bis 2 Tonnen für 300DM je Tonne verkauft werden.

Verrechnung der Deputatkohle gegen Fernwärmelieferung

Nun werden die Wohnungen Zug um Zug modernisiert, die Schornsteine zunächst ungeachtet des bestehenden Denkmalschutzes abgebrochen und Fernwärme wird verlegt. Für jede nicht verheizte Tonne Deputatkohle bekommen die Bergleute nun 289,60 DM gutgeschrieben, und dieser Betrag wird von ihrer Fernwärmerechnung abgezogen. Bei einem Fernwärmepreis von 11 Pf je Kilowattstunde können die Kumpel auf diese Art mit 6 Tonnen Deputatkohle nur noch 12 700 Kilowattstunden Wärme bezahlen – früher waren es 27 800 Kilowattstunden. Der den Mietern berechnete Fernwärmepreis von 11 Pfennig je kWh liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Fernwärmeherstellungskosten dürften dagegen für die Ruhrkohle mit eigener Kohleförderung weit darunter liegen. Ein Spielraum für eine Senkung des Fernwärmeverrechnungspreises für die

Bergleute ist allem Anschein nach gegeben. Warum nutzt man ihn nicht?

In der Siedlung hat nun eine rührige Mieterinitiative begonnen, kritische Fragen zu stellen. Da trifft es sich gut, daß die Mitglieder der Mieterinitiative auch dem Bund der Energieverbraucher angehören.



Einkommenseinbußen für Kumpel

Die Einkommenseinbuße für die Bergleute ist ganz beträchtlich. Es fehlen die früheren Einkünfte aus dem Verkauf der überschüssigen Deputatkohle, also 200 bis 400 DM. Und mit dem Fernwärme-Gegenwert läßt sich die neue Fernwärmerechnung oft nicht mehr bezahlen. Denn die Häuser wurden ohne Fundament und Dränung erbaut. Die in Folge der Modernisierung verringerte Luftzirkulation führte zu erheblichen Feuchteschäden in Wohnungen und Kellern. In solch schlecht modernisierten Wohnungen muß zwangsläufig auch mehr geheizt werden.

Gebote purer Menschlichkeit verletzt

Wer muß den Preis dieses ungebetenen „Fortschritts“ zahlen? Haben

sich die Verantwortlichen Gedanken gemacht, wie sich das Verrechnungsverfahren auf die verfügbaren Einkommen der Siedlungsbewohner auswirkt? Hat man dabei auch an eine Rentnerin gedacht, deren 2,5 Tonnen Deputatkohle einen wesentlichen Rentenbestandteil ausmachte, und die jetzt zusätzlich für die Fernwärme zur Kasse gebeten wird? Haben die Betriebsräte geschlafen, als die Verrechnung der Deputatkohle gegen Fernwärmelieferungen desselben Unternehmens festgelegt wurden? Wo bleibt die Fürsorgepflicht eines Unternehmens gegenüber Familien, die für dieses Unternehmen arbeiten, von ihm eine Wohnung mieten und sich von diesem Unternehmen auch die Wohnung beheizen lassen? Die Bergleute sind diesem „großen Bruder“ als Arbeitnehmer, Mieter und Energieabnehmer zugleich ausgeliefert – befinden sich also in einer hoffnungslos unterlegenen Position. Ist es da nicht für den Stärkeren ein Gebot purer Menschlichkeit, nach dem Vorbild der Fugger soziale Belange derer, die ihm anvertraut und ausgeliefert sind, im Auge zu behalten?

In Moers: Zahlungsverweigerung

Der Mieterverein Moers (bei Duisburg) hält das Vorgehen der Ruhrkohle in einem analogen Fall – auch dort ist Ruhrkohle Fernwärmelieferant – für unrechtmäßig. Um ein Gerichtsurteil herbeizuführen, hat er seinen Mitgliedern geraten, die Fernwärmerechnung schlicht zu ignorieren. Die Ruhrkohle hat dies seit nun zwei Jahren ohne rechtliche Schritte hingenommen.

Deputatkohle im Saarbergbau

Auch im Bereich des Saarbergbaus gibt es gleichgelagerte Probleme. Dort wird jede Tonne Steinkohle sogar nur mit 220DM vergütet, allerdings bekommen die Kumpel dort (verheiratet) 7,5t gutgeschrieben. Für eine Verrechnung der Deputatkohle gegen Fernwärme muß dort erst der Tarifvertrag geändert werden. Es bleibt zu hoffen, daß man sich dort sozial verantwortungsbewußter zeigen wird.*

Eichbehörden auf dem Vormarsch

In der letzten Ausgabe berichteten wir über Gasversorgungsunternehmen, die mehr Gas verkaufen, als sie selbst beziehen. Seitdem ist einiges geschehen...

Großes öffentliches Echo

In einer Pressemitteilung vom 26.2.1989 hatten wir 10 Gasversorgungsunternehmen und deren Gasmengenbilanzen aus der Gasstatistik des Dachverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft zitiert. Diese Unternehmen hatten 1986 und 1987 einen hohen Gasmengenüberschuß. „ZDF-heute“ brachte darüber eine 30-Sekunden-Meldung, die dpa und zahlreiche große und kleine Tageszeitungen verbreiteten sie. Die „DM“ widmete dem Thema zwei Seiten, der „Brennstoffspiegel“ zitierte die „Energiedepesche“ zweimal über eine ganze Seite. Auf eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Uwe Jens hin nahm das Bundeswirtschaftsministerium am 30. März 1989 namens der Bundesregierung zu den aufgeworfenen Fragen Stellung (Kasten).

Lokale Auseinandersetzungen

In Münster fragte der CDU-Fraktionsvorsitzende die Stadtwerke nach verkauften Gasüberschußmengen. In Bayern wies die SPD-Landtagsfraktion in zwei Pressemitteilungen auf die z.T. erheblichen Gasmengenüberschüsse hin (Stadtwerke Lichtenfels: +12,61%, Stadtwerke Passau: +9,96%, Stadtwerke Bad Wörrishofen: +7,63% usw.) In Hessen griff die Grüne Landtagsfraktion das Thema auf. Auch etliche Mitglieder unseres Vereins

baten ihre Gasversorgungsunternehmen um Aufklärung. Die Antwort fiel in allen Fällen ähnlich aus: „Das Problem sei seit langem bekannt. Es habe technische Ursachen in Eigenheiten der Gaszähler. Man halte sich an die geltenden Eich- und Abrechnungsvorschriften. Ein Erstattungsanspruch entbehre daher jeder Grundlage.“

Änderung der Abrechnungstemperatur

Die Eichbehörden der Länder und des Bundes einigten sich im Februar auf

eine Anhebung der Abrechnungstemperatur bei der thermischen Gasabrechnung von ca. 8 Grad auf 14 Grad. Die gleiche Durchflußmenge (Kubikmeter) wird in Zukunft korrekterweise zu einer Abrechnung von 2% weniger Energie führen.

Die Verbraucher zahlen künftig 2% weniger bei gleicher Abnahme, die Erlöse der Gaswirtschaft sinken um diesen Prozentsatz. Das Arbeitsblatt G685, Grundlage der thermischen Abrechnung der Versorgungsunternehmen, liegt in der Verantwortung des Fachverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft DVGW. Die Eichbehörden können nur indirekt auf den Inhalt Einfluß nehmen.

Eichbehörden und Verbraucher warten deshalb gespannt darauf, wieviel Zeit sich der DVGW mit der Änderung des Arbeitsblattes läßt. Jeder Tag Aufschub kostet die Verbraucher Hunderttausende von Mark und bringt für die Gaswirtschaft Zusatzerlöse in dieser Höhe. Spätestens zu Beginn der neuen Heizperiode aller-

dings ist eine Änderung fällig, weil sonst höchstwahrscheinlich die Eichbehörden die Gekuld verlieren und per Beschluß die Abrechnungstemperatur erhöhen.

Erstattungsansprüche

Mit der Anhebung der Abrechnungstemperatur wird amtlich, daß den Verbrauchern in früheren Jahren bei der thermischen Abrechnung etwa 2% zuviel in Rechnung gestellt worden ist. In einem ähnlichen Fall, in dem der Brennwert nachweislich falsch eingesetzt wurde, hat das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg eine Rückerstattung der zuviel kassierten Beträge angeordnet. *

Die Bundesregierung meint dazu...

Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Dr. Jens:

„Was glaubt die Bundesregierung tun zu können, um die für die Gasversorgungsunternehmen wirtschaftlich vorteilhafte schleppende Anpassung der Abrechnungstemperaturen im DVGW-Arbeitsblatt G 685 im Interesse einer möglichst genauen und fairen Abrechnung zu beschleunigen?“ und

„Teilt die Bundesregierung die von Verbraucherseite (z.B. dem Bund der Energieverbraucher und der AgV) vorgebrachte Ansicht, daß in Fällen, in denen in der Vergangenheit über mehrere Jahre hinweg die Toleranzen sich eindeutig zu Lasten der Verbraucher ausgewirkt haben, eine Rückvergütung rechtmäßig ist?“

Antwort von Staatssekretär Dr. Erich Riedl namens der Bundesregierung am 30. März 1989:

„Der Ausschuß „Gasabrechnung“, dem Vertreter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, des DVGW und der Eichbehörden der Länder angehören und in dessen Beratungen die Zählerindustrie fachlich einbezogen ist, hat inzwischen die Ursachen für die Differenzen bei der Gasabrechnung festgestellt. Er hat sich im Februar d.J. auf eine Neuregelung verständigt, die die Fehlerquellen möglichst schnell beseitigen soll. Es ist vorgesehen, ab 1993 nur noch temperaturumwertende Gaszähler im Haushaltsbereich neu einzubauen. Ab dem Jahre 2005 (eine Gültig-

keitsperiode später) werden dann im wesentlichen nur noch Zähler mit Temperatur-Umwertung im Netz vorhanden sein. Als Übergangslösung wird möglichst bald im DVGW-Arbeitsblatt G 685 die Bezugstemperatur für die thermische Gasabrechnung den neuen meßtechnischen Erkenntnissen angepaßt.

Mit der entsprechenden Überarbeitung des Arbeitsblattes G 685 wurde bereits begonnen. Es ist damit zu rechnen, daß die Neufassung des Arbeitsblattes noch vor der Sommerpause, d.h. rechtzeitig vor der neuen Heizperiode veröffentlicht wird.

Daß die Gasversorgungsunternehmen aus dem temperaturbedingten Differenzen bei der Gasabrechnung ungerechtfertigte Gewinne gezogen haben, ist nicht zwangsläufig. Denn die Unternehmen können diese Erlöse auch in ihren Preisen an die Kunden weitergegeben haben. Bereits bei Bekanntwerden der ersten Fälle im süddeutschen Raum hat der baden-württembergische Wirtschaftsminister Herzog auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Sollten jedoch Unternehmen tatsächlich ungerechtfertigte wirtschaftliche Vorteile aus dieser Sachlage erlangt haben, wäre es angemessen, daß sie diese den Verbrauchern zurückerstatten. Ob diese Voraussetzungen für einen Rückforderungsanspruch gegeben sind, hängt von der konkreten Fallgestaltung ab und kann nicht generell beurteilt werden.“

Im Dickicht der Verordnungen

Wichtige Neuregelungen in Frage und Antwort

Frage: In der letzten Energiedepesche wurden Änderungen der Heizkostenverordnung erwähnt. Sind diese Änderungen so gravierend, daß jeder Mieter sich mit ihnen beschäftigen sollte?

Antwort: Die Heizkostenverordnung hat sich in wichtigen Details verändert, z.B. Vermietung der Heizzentrale, Verteilung der Heizkosten von Gemeinschaftsräumen, Schätzung des Verbrauchs, Regelung bei Mieterwechsel, Fernwärme, Umlage der Schornsteinfegerkosten u.ä. Um böse Überraschungen zu vermeiden, sollten sich alle Mieter mit den wichtigsten Änderungen vertraut machen.

Frage: Gibt es Fälle, in denen nach altem Recht nicht verbrauchsabhängig abgerechnet werden mußte und in denen die neue Verordnung eine verbrauchsabhängige Abrechnung vorschreibt?

Antwort: Solche Fälle gibt es in der Tat. Die neue Verordnung stellt klar, daß auch bei Verwaltung gemeinschaftlichen Wohneigentums verbrauchsabhängig nach der Heizkostenverordnung abzurechnen ist. Weiterhin unterliegt die Lieferung von Fernwärme künftig der Heizkostenverordnung. Sie muß also verbrauchsabhängig mit einem verbrauchsunabhängigen Grundkostenanteil abgerechnet werden. Zwischen Fernwärme, Nahwärme und Direktwärme gibt es keinen Unterschied mehr.

Frage: Kann in einem Mietshaus der Heizungsbetrieb einem Unternehmer übertragen (verpachtet) werden, der seine Kosten und einen Gewinn den Mietern in Rechnung stellt?

Antwort: Ja, ein solches „Profitcenter im Keller“ wird durch die neue Verordnung ausdrücklich neu eingeführt. Energie-, umwelt- und beschäftigungspolitisch mögen diese Nahwärme-konzepte zu begrüßen sein. Denn sie bieten dem Heizungsbetreiber einen materiellen Anreiz zum Kosten- und Energiesparen und entlasten

damit die Umwelt. Dagegen steht, daß die erzielbaren Energie- und Heizkostenersparnisse nicht an die Mieter weitergegeben werden und die Mieter zusätzlich für den Gewinn des Heizungsbetreibers zur Kasse gebeten werden.

Frage: Wie können sich Mieter dagegen wehren?

Antwort: Wenn die Mieter einer derartigen Vertragsänderung nicht zustimmen, kann der Heizungspächter auch keinen Reibach machen. Denn die Mieter müssen der neuen Nebenkostenabrechnung zustimmen.

Frage: Was ändert sich bei der Umlage der Schornsteinfegerkosten?

Antwort: Die Kosten der Schornsteinreinigung und alle anderen Betriebskosten der Abgasanlage gehören zu den Betriebskosten der Heizung und können nunmehr mit den Heizkosten umgelegt werden.

Frage: Wer muß die Heizkosten der Gemeinschaftsräume, z.B. der Treppentürme, tragen?

Antwort: Die Kosten für die Beheizung der Gemeinschaftsräume (etwa 2% bis 3% des Gesamtverbrauchs) werden den Heizkosten zugeschlagen und müssen von allen Mietern gemeinsam getragen werden. Die Vielverbraucher und Mieter großer Wohnungen zahlen deshalb anteilig mehr. Nur in Gemeinschaftsräumen mit besonders hohem Verbrauch (z.B. Sauna, Schwimmbad) muß der Verbrauch separat erfasst und ausgewiesen werden.

Frage: Wie sieht die neue Regelung für die Schätzung des Heizenergieverbrauchs aus?

Antwort: Es gibt jetzt eine Regelung für Fälle, in denen der anteilige Wärme- oder Warmwasserverbrauch nicht ordnungsgemäß erfasst worden ist, etwa wegen technischer Mängel. Der Besitzer darf dann schätzen auf Grundlage des Verbrauchs in früheren Jahren oder anderer vergleichbarer Wohnungen. Diese Schätzung darf

sogar für bis zu 25% der Gesamtmietfläche eines Mietobjekts erfolgen.

Frage: Häufig wechselt der Mieter mitten in der Heizperiode. Wie ist in solchen Fällen zu verfahren?

Antwort: Die neue Heizkostenverordnung schreibt bei Nutzerwechsel eine Zwischenablesung der Heizkostenverteiler vor, sofern nicht im Mietvertrag eine andere Regelung vereinbart wurde. Die verbrauchsabhängigen Kosten, z.B. Brennstoff, werden entsprechend dem Ergebnis der Zwischenablesung verteilt. Die verbrauchsunabhängigen Kosten werden entweder zeitanteilig oder nach den Gradtagszahlen aufgeteilt, in denen berücksichtigt wird, daß in verschiedenen Monaten unterschiedlich stark geheizt wird. Ist eine Zwischenablesung nicht möglich (z.B. Wohnung verschlossen) oder nicht sinnvoll (Mieterwechsel im Sommer kurz nach der Endabrechnung der Vorperiode), so werden die gesamten Kosten so verteilt, wie dies für die verbrauchsunabhängigen Kosten gerade beschrieben wurde.

Frage: Was ist, wenn der Vermieter sich weigert, Heizkostenverteiler anzubringen oder die Kosten verbrauchsabhängig abzurechnen?

Antwort: Wie bisher erlaubt auch die neue Heizkostenverordnung in diesen Fällen, die Heizkostenrechnung pauschal um 15% zu kürzen.

Frage: Wurde der Bund der Energieverbraucher am Novellierungsverfahren beteiligt?

Antwort: Ja, der Bund der Energieverbraucher hat, wie auch die AgV, in schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen zahlreiche Neuerungen kritisiert, die dann in der endgültigen Fassung nicht mehr enthalten sind (z.B. Lageausgleich, vgl. Dep. 3 und 5).

Frage: Die neue Verordnung ist schon in Kraft getreten. Wo sind weitere Informationen zu bekommen?

Antwort: Die Verordnung ist zwar am 1.3.1989 in Kraft getreten. Der erweiterte Geltungsbereich der Verordnung und die Pflicht zur Verbrauchserfassung in Räumen mit hohem Verbrauch gelten jedoch erst für Abrechnungszeiträume, die nach dem 30. September 1989 beginnen. Genauere Informationen gibt eine Broschüre des Deutschen Mieterbundes „Die zweite Miete“, die für 5 DM bei den Mietervereinen oder beim Deutschen Mieterbund in Köln (zuzüglich 2DM Versandkosten) erhältlich ist. AP *

Vom Regen in die Traufe

Auf die Verbraucher kommen neue Stromtarife zu: der Grundpreis soll sich nicht mehr nach der Zahl der Zimmer richten, und der Anreiz zum Stromsparen soll verstärkt werden. Der Bundeswirtschaftsminister hat eine neue Bundestarifordnung (BTO) im Entwurf vorgelegt. Dieser Entwurf lässt allzuvielen Verbraucherwünsche offen. Ein Bericht von Ehrenfried Tribut.

Das heutige Tarifsysteem

Das heutige Stromtarifsysteem für Haushalte besteht fast unverändert seit Jahrzehnten. Seine Grundzüge sind vom Bundeswirtschaftsminister in der „Bundestarifordnung Elektrizität“ (BTO/Elt) festgelegt. Vorgeschrieben ist, ähnlich wie beim Telefon, ein zweigliedriges Preissystem, bestehend aus einer festen, verbrauchsunabhängigen Grundgebühr (Bereitstellungspreis), deren Höhe sich nach der Zahl der Räume richtet, und einem verbrauchsabhängigen „Arbeitspreis“ für jede verbrauchte Kilowattstunde. Die Grundgebühr enthält neben dem Bereitstellungspreis noch die Kosten für Zählermiete und Stromabrechnung (Verrechnungspreis).

Dieses zweigliedrige System bleibt vielen Verbrauchern stets ein Buch mit sieben Siegeln. Es führt bei wachsendem Stromverbrauch zu einem sinkenden Durchschnittspreis für die einzelne Kilowattstunde. Denn der Anteil des Bereitstellungspreises vermindert sich, wenn er auf eine grö-

ßere Zahl von Kilowattstunden verteilt wird. Vielverbraucher zahlen also weniger pro Kilowattstunde als Haushalte mit einem niedrigen Stromverbrauch. Im Durchschnitt macht der Grundpreis etwa 30% und der Arbeitspreis etwa 70% aus.

Die Hauptmängel des Tarifsystems

Über die Struktur dieses Tarifsystems wird seit langem heftig und kontrovers diskutiert.

Unzweckmäßige Bemessungsgrößen

Über einen Punkt sind sich alle Kritiker und selbst Energiewirtschaft und staatliche Aufsichtsbehörden einig: Die Zahl der Wohnräume ist keine sinnvolle Bemessungsgröße für den Bereitstellungspreis, da sie mit dem Stromleistungsbedarf eines Haushalts wenig zu tun hat. Die Reformvorschläge aus der Energiewirtschaft konzentrieren sich deshalb darauf, ein sinnvolleres, an elektrischen Merkmalen orientiertes Grundpreissystem zu finden.

Geltende Tarife behindern Stromsparen

Die Hauptkritik am Tarifsysteem richtet sich jedoch gegen die geltende Grundpreisstruktur, weil sie das Stromsparen behindert, für Verbraucher nur schwer durchschaubar ist und die Kosten der Energieerzeugung und -verteilung unzureichend abbildet.

Wer seinen Stromverbrauch senkt, indem er elektrische Geräte sparsamer nutzt und veraltete Geräte durch sparsamere ersetzt, zahlt trotzdem denselben Grundpreis wie zuvor. Auf der Stromrechnung verringert sich nur der Arbeitspreisanteil. Der Stromsparer fühlt sich bestraft, weil der Durchschnittspreis seiner Kilowattstunde sogar ansteigt.



Gäbe es keinen Grundpreis oder würde ein geringerer Verbrauch auch mit sinkenden Grundpreisen belohnt, würden sich Investitionen in sparsamere Geräte, z.B. Energiesparlampen oder besser gedämmte Kühlgeräte, schneller amortisieren. Der wirtschaftliche Anreiz, sparsamere Geräte zu kaufen oder Strom z.B. bei der Warmwasserbereitung durch Sonnenenergie zu ersetzen, wäre erheblich größer.

Geltende Tarife sind nicht kostengerecht

Entgegen den immer wieder vorgetragenen Behauptungen ist das geltende Tarifsysteem ganz und gar nicht kostengerecht.

Denn es ist nicht die Aufgabe eines Tarifsystems, die Aufteilung zwischen fixen und variablen Kosten des EVU widerzuspiegeln. Die Einführung der zweigliedrigen Struktur wurde einst damit begründet, daß sie den Stromabsatz der Versorgungsunternehmen fördern solle. Der Bereitstellungspreis sei notwendig, um die hohen Fest- bzw. Kapitalkosten des Versorgungssystems zu decken, die ohne Rücksicht darauf anfallen, in welchem Umfang die Anlagen tatsächlich genutzt werden.

Für eine solche Preisbildung liefert die ökonomische Theorie jedoch keine Rechtfertigung. Ein effizientes Preissystem muß dem Stromverbraucher signalisieren, welche Zuwachskosten entstehen, wenn der Strombedarf steigt und das Versorgungsunternehmen zusätzliche Kraftwerke und Leitungen bauen muß.

Diese Zuwachskosten werden als „langfristige Grenzkosten“ bezeichnet. Sie umfassen definitionsgemäß neben den Betriebskosten auch die Investitionskosten für neue Anlagen.

Der aktuelle Strompreis für zusätzlich verbrauchte kWh muß sich an diesen Grenzkosten und nicht etwa an den reinen Betriebskosten eines schon vorhandenen Kraftwerk-parks orientieren. Seit den 70iger Jahren sind die Investitionskosten neuer Anlagen im übrigen deutlich über die Durchschnittskosten der vorhandenen Anlagen gestiegen.

Deshalb ist eine Tarifstruktur, die den Preis zusätzlich verbrauchter kWh nur an den Betriebskosten orientieren will und an der Abdeckung der Festkosten durch einen fixen Grundpreis festhält, ökonomisch eigentlich nicht zu rechtfertigen.

Fehlende Lastabhängigkeit der Strompreise verteuert Energieversorgung

Kritik richtet sich auch dagegen, daß die Strompreise im Haushaltsbereich im Unterschied zur Industrie nicht „lastabhängig“ gestaltet sind.

Die Stromnachfrage unterliegt erheblichen tages- und jahreszeitlichen Schwankungen. Im Haushaltsbereich z.B. ist der Leistungsbedarf im Winter wesentlich höher als im Sommer, außerdem gibt es ausgeprägte Morgen- und Mittagsspitzen. Für den winterlichen Spitzenbedarf müssen spezielle Kraftwerkskapazitäten, sogenannte Mittel- und Spitzenlastkraftwerke, vorgehalten werden. Deren Kosten sind aufgrund ihrer niedrigen Ausnutzungsdauer höher als die Stromkosten der Grundlastkraftwerke, die rund um die Uhr den Sockelbedarf abdecken und somit auch in der Schwachlastzeit in Betrieb bleiben. Bei lastabhängigen Stromtarifen werden die Arbeitspreise entsprechend dem Lastverlauf nach Zeitzonen gestaffelt. Der Verbraucher wird dadurch angeregt, sein Verbrauchsverhalten den Preisen anzupassen und einen Teil seines Verbrauchs aus den teuren Spitzenlastzeiten in die billigeren Mittel- und Schwachlastzeiten zu verlagern. Die Versorgungsunternehmen können dadurch ihren Lastgang vergleichmäßigen und Spitzenlastkosten einsparen. Insgesamt werden dadurch weniger Kraftwerke erforderlich und die Energieversorgung verbilligt.

Elektrizitätswirtschaftlich spielt der Einzelverbraucher gar keine Rolle, weil schon im Ortsnetz nicht mehr das Verhalten eines Einzelverbrauchers,

sondern nur die von unzähligen Zufälligkeiten bestimmte Summe des Verbrauchsverhaltens vieler Verbraucher spürbar ist. Durch diese Überlagerung wird aus der ungleichmäßigen Abnahme eines Kunden die sehr gleichmäßige Nachfrage eines Verbraucherkollektivs. Auch dieser Tatsache muß die Tarifstruktur Rechnung tragen.

Reformvorschläge

Konkrete Reformvorschläge liegen sowohl aus dem Bereich der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) als auch von Umweltverbänden und einzelnen Versorgungsunternehmen vor. Zum Teil wurden oder werden sie in Feldversuchen erprobt.



tätswirtschaft (VDEW) als auch von Umweltverbänden und einzelnen Versorgungsunternehmen vor. Zum Teil wurden oder werden sie in Feldversuchen erprobt.

96-Stunden Tarif

Dieses Tarifmodell wurde 1984 von VDEW als 100-Stunden-Modell zur Diskussion gestellt. Der politische Einfluß der Stromlobby hat dazu geführt, daß das Modell bei den Wirtschaftsministern von Bund und Ländern weitgehende Zustimmung gefunden hat.

Der 96-h-Tarif schlägt statt der Tarifräume eine elektrische Bemessungsgröße für die Berechnung des Grundpreises vor, der leistungsabhängig werden soll. Als Bezugsgröße dient der maximale Stromverbrauch eines Haushalts über 96 Stunden (= 3 Tage) hinweg während der (jährlichen) Abrechnungsperiode. Während welcher 96 Stun-

den des Jahres der höchste Stromverbrauch auftritt, weiß der Verbraucher erst am Jahresende: Möglicherweise während der Weihnachtstage oder wenn nach dem Urlaub die Waschmaschine ununterbrochen läuft. Haushalte, die sich während des ganzen Jahres um einen möglichst gleichmäßigen Strombezug bemühen und ihren Stromverbrauch reduzieren, könnten mit niedrigeren Grundpreisen rechnen als Haushalte mit hohen individuellen Strombezugsspitzen, wie sie durch gleichzeitigen Gebrauch leistungsstarker Geräte, z.B. durch häufige Nutzung eines Heizlüfters an kühlen Herbsttagen entstehen können.

Der zweifellos positiven Wirkung eines leistungsbezogenen Grundpreises stehen allerdings auch gravierende Schwächen des VDEW-Vorschlags gegenüber. So will VDEW die Arbeitspreise zu Spitzen- und Schwachlastzeiten entgegen jeder ökonomischen Vernunft konstant halten. Ein Tarif kann jedoch nicht kostengerecht sein, wenn er die tages- und jahreszeitlichen Lastschwankungen des Stromerzeugungssystems im Arbeitspreis nicht berücksichtigt.

VDEW lehnt eine zeitvariable Tarifgestaltung, die beim 96-h-Tarif durchaus möglich wäre, vermutlich deshalb ab, weil sich dadurch die Marktchancen der Elektrizitätswirtschaft im Wettbewerb mit der Gaswirtschaft verschlechtern könnten. In der Tat dürfte es nicht leicht sein, einen Haushalt zum Umsteigen von Gas auf Strom zu gewinnen, wenn er fürs Kochen und Backen und für Warmwasser während der Spitzenlastzeiten des Tages erhöhte Preise zahlen mußte.

Außerdem würde eine stärkere Verlagerung des Stromverbrauchs in die

Schwachlastzeiten noch bestehende Lasttäler auffüllen, so daß ein weiterer Ausbau der Nachspeicherheizungen kaum möglich wäre.

Der von VDEW vorgesehene Leistungspreis ist jedenfalls dann nicht kostenorientiert, wenn seine Höhe von individuellen Belastungsspitzen in der Schwachlastzeit bestimmt werden kann.

Dies ist z.B. im Sommer durch einen erhöhten Strombedarf während der Erntezeit, bei Familienfesten oder durch Nutzung von Klimageräten durchaus möglich.

Schließlich kommt noch hinzu, daß der Stromkunde beim VDEW-Modell keine aktuelle Information darüber erhält, ob und wann er durch sein Verbrauchsverhalten tatsächlich Leistungen im Erzeugungssystem spart oder nicht. Er kann die Betriebskosten eines neuen Geräts praktisch nicht abschätzen. Zielgerichtetes Stromsparen wird dadurch sehr erschwert.

Lineare zeitvariable Tarife

Linearisierung und lastabhängige (zeitvariable) Gestaltung der Stromtarife sind die seit langem geforderten Kernpunkte einer Tarifreform, die den aktuellen umwelt- und energiepolitischen Zielsetzungen gerecht werden soll. Beim linearisierten Tarif gibt es entweder gar keinen Grundpreis, sondern nur einen Preis für die bezogene kWh (Arbeitspreis) oder einen Grundpreis, der ähnlich dem Arbeitspreis verbrauchs- bzw. leistungsabhängig gestaltet ist. Damit entfällt die Begünstigung von Vielverbrauchern. Wer Strom verschwendet oder spart, soll mit den vollen Zuwachs- oder Wegfallkosten des Stromsystems für die mehr- oder minderver-

brauchte kWh belastet oder belohnt werden. Darüber hinaus können die Arbeitspreise entsprechend den Lastschwankungen des Erzeugungssystems zeitlich differenziert werden (Zeitvariabilität). Erst dann signalisiert der Stromtarif auch die unterschiedlichen Grenzkosten der verschiedenen Lastbereiche, ist kostenorientiert und kann dazu beitragen, Leistung einzusparen.

Saarbrücker Feldversuch

Auf Initiative der Stadtwerke Saarbrücken findet im Saarland z.Zt. ein Feldversuch mit einem linear-zeitvariablen Tarif statt, der durch umfangreiche Untersuchungen vorbereitet und begleitet wird.

Einer Gruppe repräsentativ ausgewählter Haushalte wird ein linearer Tarif angeboten, dessen Preis lastabhängig nach 3 Zeitzonen gestaffelt ist. Für Spitzenlaststrom sind werktags von 9.00 - 13.00 Uhr 46 Pfg/kWh zu zahlen. Der Normaltarif kostet 33 Pfg/kWh und gilt werktags von 6.00 - 9.00 Uhr und von 13.00 - 20.00 Uhr. Den Spartarif gibt es für 23 Pfg/kWh nachts von 20.00 - 6.00 Uhr sowie rund um die Uhr an Wochenenden und Feiertagen. Bedauerlicherweise wird keine saisonale Differenzierung nach Winter- und Sommerlast angeboten. Die Reaktion der Versuchshaushalte auf den neuen Tarif wird mit dem Verhalten einer Kontrollgruppe mit herkömmlichem Tarif verglichen.

Der neue Tarif soll dem Verbraucher einen Anreiz bieten, Teile seines Stromverbrauchs in billigere Preiszonen zu verlagern und beim Einschalten leistungsstarker Geräte wie Herd, Geschirrspüler, Waschmaschine oder Sauna stärker auf den jeweiligen Zeitzonepreis zu achten.

Für die Industrie wird es ökonomisch interessanter, stromsparende Haushaltsgeräte und lastabhängige Gefriergeräte anzubieten und die Werbung für Stromsparprodukte zu verstärken. Viele erwarten, daß ein solches Tarifsystem dem Stromsparen Auftrieb geben wird, die Lastkurve der EVU glättet, Erzeugungskosten spart und den Zubaubedarf neuer Kraftwerke senkt. Allerdings ist unter Wissenschaftlern auch Skepsis verbreitet, ob die Verbraucher angesichts relativ niedriger Strompreise „elastisch“ genug auf veränderte Preisanreize reagieren und ihre Gewohnheiten davon dauerhaft beeinflussen lassen. Deshalb wird in Saarbrücken viel in Information und Beratung investiert. Ein neuentwickeltes Meß-, Rechen- und Anzeigegerät (SESAM) soll dem Verbraucher auf einem Display den jeweils gültigen Tarifpreis anzeigen, Mehr- oder Minderverbrauch gegenüber Vergleichszeiträumen errechnen und künftig sogar ein „Strommanagement“ leistungsstarker Geräte ermöglichen. Dadurch soll der Verbraucher zu einem dauerhaft preisbewußten und sparsamen Verbrauchsverhalten ermuntert werden. Allerdings muß sich erst noch erweisen, ob die Mehrkosten des Meß- und Anzeigegerätes in einem vernünftigen Verhältnis zu den angestrebten Vorteilen stehen.

ISI-Gutachten

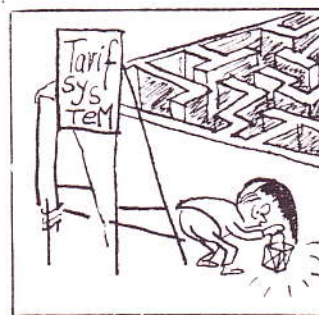
Das Karlsruher Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) hat in Gutachten für Nordrhein-Westfalen bestätigt, daß eine sparsame, umweltverträgliche und volkswirtschaftlich kostengünstige Energieversorgung nur erreichbar ist, wenn das geltende Tarifsystem durch ein Preissystem abgelöst wird,

das die individuelle Bezugsleistung des Verbrauchers ebenso berücksichtigt wie die lastabhängigen Kosten des Erzeugungssystems und das dem Verbraucher Preisanreize für ein rationelleres Nutzungsverhalten übermittelt.

Reformgrundsätze der Wirtschaftsminister

Im Oktober 1987 hat sich die Konferenz der Wirtschaftsminister aller Bundesländer auf Grundsätze zur Novellierung der BTOelt geeinigt. Danach soll die zweigliedrige Preisstruktur beibehalten, der besonders degressiv (sinkende Kosten durch steigenden Verbrauch) gestaltete Haushaltstarif II aber abgeschafft werden. Der Grundpreis soll sich an elektrischen Bezugsgrößen orientieren und dadurch leistungsabhängig gestaltet werden. Eine differenzierte lastabhängige-zeitvariable Tarifgestaltung wird abgelehnt, allerdings soll der Schwachlasttarif auch für andere als Heizzwecke angeboten werden.

EWI-Gutachten



Seit Juli 1988 liegt ein vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten des renommierten Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) vor. Es bestätigt im Kern die ökonomische Argumentation des ISI.

Insbesondere wird die

dem geltenden Tarifsystem zugrundeliegende und von der VDEW immer wieder strapazierte Philosophie, daß ein fixes Preiselement die Fixkosten der Strombereitstellung und der Arbeitspreis nur die variablen Brennstoffkosten abzudecken habe, als Unsinn entlarvt. Wenn diese Philosophie beachtet würde, müßte der Grundpreisannteil heute im übrigen nicht bei 30 %, sondern bei 70 % liegen. EWI geht von der Prämisse aus, daß die langfristigen Grenzkosten, differenziert nach den Lastverhältnissen, maßgebend für die Preisgestaltung sein müssen.

Das EWI-Gutachten hat bei den Wirtschaftsministern offenbar Wirkung gezeigt. Jedenfalls sind die alten Fronten seit einigen Monaten erheblich in Bewegung geraten.

Kernpunkte der BTO-Novellierung

Grundlage einer Anhörung der beteiligten Wirtschaftsverbände am 29. Mai in Bonn war ein Verordnungsentwurf vom 17. April 1989.

Neu ist, daß die sparsame und rationelle Stromverwendung und die Schonung der natürlichen Ressourcen jetzt ausdrücklich als Ziel der Tarifgestaltung verankert sind.

Die Tarifstruktur soll zweigliedrig bleiben. Es soll jedoch – sicher ein Fortschritt – künftig möglich sein, einen linearen Tarif, sofern er kostenorientiert ist, als Wahltarif zusätzlich zum zweigliedrigen Pflichttarif anzubieten. Allerdings sind die Bedingungen für die Zulassung dieses Wahltarifs praktisch kaum zu erfüllen.

Beim Pflichttarif soll der bisher auf Tarifräume bezogene Bereitstellungspreis durch einen Leistungspreis

abgelöst werden. Der Leistungspreis wird entweder nach dem 96-Stunden-Verfahren gemessen oder aufgrund des Jahresstromverbrauchs geschätzt. Weil die 96-Stunden-Messung teure Spezialzähler voraussetzt, werden in absehbarer Zeit fast alle Kunden einen Leistungspreis aufgrund des Jahresstromverbrauchs zu zahlen haben. Dieser zerfällt in einen verbrauchsabhängigen und einen verbrauchsunabhängigen Teil, wobei der verbrauchsabhängige Teil in den Arbeitspreis aufgenommen werden kann.

Der Leistungspreis kann je nach Jahresverbrauch auch in Zonen ansteigen, wobei dann höhere Leistungspreise niedrigeren Arbeitspreisen entsprechen (Mengenzonentarif). Dieser Tarif ist, so die einhellige Meinung aller Beteiligten, ein einsamer Gipfel stromwirtschaftlichen Tarifsinns – nur aus politischen Länderproporzabwägungen ist daran nicht zu deuteln.

Des weiteren kann ein unterbrechbarer Tarif für Wärmepumpen und andere Anwendungen angeboten werden (täglich maximal 6 Stunden Unterbrechung, jährlich 960 Stunden).

Weiterhin muß täglich allen Verbrauchern für Zeiten schwacher Leistungsanspruchnahme ein Schwachlasttarif angeboten werden. *

Der Verbraucherstandpunkt

Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn zur geplanten neuen Tarifordnung legt Schwachpunkte offen.

Die neue Verordnung führt zu einem **Tarifdschungel**, in dem sich Verbraucher kaum mehr zurechtfinden. Schon die heutige zweigliedrige Tarifstruktur wird, wie man aus Befragungen weiß, nur von 30% der Verbraucher verstanden. Um Verbraucher zum Stromsparen und zur Verlagerung des Verbrauchs in lastarme Zeiten zu motivieren, muß die Tarifstruktur vor allem einfach und verständlich sein.

Deshalb schlagen wir einen für jedes Versorgungsgebiet einheitlichen Tarif für jede verbrauchte Kilowattstunde **ohne jeden Grund- oder Verrechnungspreis** vor (linearer Tarif) – zumindest für kleine und mittlere Verbräuche. Für einen solchen Tarif sprechen auch energie- und umweltpolitische Gründe.

Das eindeutige Verbraucherinteresse an einem verständlichen Tarif überwiegt den in der Diskussion umstrittenen Nutzen eines verbrauchsunabhängigen Grundpreises.

Die Regelungen für gewerblichen Stromverbrauch sind **mittelstandsfeindlich**. Denn wie bisher wird in unzähligen Fällen (Einzelhandel, Rechtsanwälte usw.) ohne vernünftigen Grund den Freiberuflern, Gewerbetreibenden und Handwerkern ein höherer Strompreis abverlangt als privaten Haushalten.

Die Bundestarifordnung regelt, welche Kosten der EVU **von den Kunden über die Strompreise zu bezahlen** sind.



Es muß in der BTO verboten werden, daß die Stromkunden **absatzfördernde oder energiepolitische Werbung** der EVU über die Tarife zu bezahlen haben (vgl. dazu S. 14).

Wie in den USA üblich, sollten die EVU zur **Übernahme von Investitionsrisiken** verpflichtet werden. Die gigantischen Fehlinvestitionen der jüngsten Vergangenheit und der gewaltige „Abschreibungsbedarf“ der Branche zeigen, daß hier eine **Änderung längst überfällig** ist.

So kann sich RWE rühmen, „eines der unwirtschaftlichsten Kraftwerke Europas gebaut“ zu haben (Solarkraftwerk Koblenz-Gondorf): Mit wessen Geld, bitte schön? Solarstrom von Verbrauchern wird aber unter Berufung auf das Wirtschaftlichkeitsgebot nicht angemessen vergütet. Die Nutzung erneuerbarer Energien durch Dritte muß der EVU-internen Nutzung gleichgestellt, und die preiswertere Alternative muß favorisiert werden.

Ferner verlangen die Ver-

braucher, denen heute jegliche Informationen über Genehmigungsverfahren vorenthalten werden, eine **Offenlegung von Entscheidungsgründen** bei Tarifgenehmigungen.

Entschieden abzulehnen ist, daß nur die Kosten- und Erlöslage für Tarifabnehmer bei der Festsetzung der Tarife berücksichtigt werden sollen, während die Ertragslage im Sonderabnehmerbereich unberücksichtigt bleiben soll. Es ist zu befürchten, daß diese Neuregelung der BTO bei restriktiver Handhabung zu **gravierenden materiellen Verschlechterungen der Tarifikunden gegenüber den Sonderabnehmern** führt, die mit einer ausgewogenen Energiepreispolitik wenig zu tun hat.

In der Anhörung im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn bestand weitgehend Einigkeit zwischen den Vertretern der Verbraucher (Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, Bund der Energieverbraucher) und Umweltschützern (BUND usw.)

Kleine Groteske am Rande der Anhörung: Abteilungsleiter Rittsteg vom RWE beschwor die Versammlung, die Leistungsanspruchnahme im Interesse der kommenden Generationen durch den 96-Stunden Tarif zu reduzieren. Im gleichen Monat empfiehlt das RWE als Gerät des Monats: Den **elektrisch beheizten Handtuchhalter**. *

Anzeige

geräuschlos-flackerfrei-angenehmes Licht

Helix+

**Nur 39,50DM
je Lampe plus
Adapter
im 4-er Pack**

**Mehr Licht
Geringere Kosten
Mehr Umweltschutz**

Klangwerk Alte Poststr. 99 4235 Schermbeck ☎ 02853/4509

Spar-Lampe plus Adapter zum Super-Preis

Das **Helix-Plus-System** besteht aus einem kleinen elektronischen **Adapter** und darin eingesteckt einer **13-Watt-Leuchtstofflampe** mit der Helligkeit einer 80-Watt-Birne. Hat die Lampe ausgedient, wird in den Adapter eine neue in jedem Geschäft erhältliche Lampe eingesteckt. Der Adapter passt in jede Schraubfassung (E27).

Bestellcoupon

Bitte senden Sie mir **Helix+**, und zwar
 ___ Kartons mit je vier
 Lampen zum Preis von
 ___ Lampen x 39,50= ___
 Name _____
 Straße _____
 Ort _____
 Scheck liegt bei ☐
 Per Nachnahme ☐
 Unterschrift _____
 Ausschneiden und senden
 an: Klangwerk,
 Alte Poststr. 99
 4235 Schermbeck

Aktive Arbeit

Höhepunkte der Vereinsarbeit in den letzten Wochen: Auflagensprung der "Energiedepesche" mit Nr. 5 auf 15.000 Exemplare, großes Echo und sachlicher Erfolg bezüglich der Verbesserung der thermischen Gasabrechnung, erfolgreiches 2. Bundestreffen des Vereins zum Thema "Wärmepass" in Bonn, eine Pressemitteilung mit der Auf-

forderung, in staatlichen Wohnungsbauprogrammen Energiesparen ernstzunehmen, erfolgreiche Anhörung zur Novelle der Bundestarifordnung, erfreuliche Entwicklung der Mitgliederzahlen, vereinsinterne Diskussion über stärkere Aktivierung der Vereinsbasis und gleichmäßigere Arbeitsverteilung, Vorbereitung unseres bundesweiten Stromspartests, usw. usw. *

Spenden absetzen:

Spenden und auch Mitgliedsbeiträge für den Bund der Energieverbraucher sind steuerlich absetzbar. In dieser Hinsicht unterscheidet sich unser Verein von den meisten anderen Vereinen, bei denen die Mitgliedsbeiträge nicht absetzbar sind. Wenn Sie Auslagen für den Verein hatten (Porto, Telefon, Fahrten usw.), zögern Sie nicht, Ihre gesammelten Belege am Jahresende bei der Bundesgeschäftsstelle des Vereins gegen eine Spendenquittung einzutauschen. Wenn Sie Ihre Aufwendungen für

den Verein dem Finanzamt selbst direkt vorrechnen, machen Sie sich unnötig das Leben schwer.

Manch einem nützt eine Spendenbescheinigung nichts. Denn ohne Nachweis wird bei Ledigen ein Pauschalbetrag von 270 DM (bei Ehepaaren 540 DM) für die Summe aus Kirchensteuer, Steuerberatungskosten, Ausbildungskosten und Spenden berücksichtigt. Ist die Summe aus diesen Einzelposten kleiner als dieser Betrag, so wird der höhere Pauschalbetrag eingesetzt. Die Spendenquittungen haben in diesem Fall nichts gebracht. *

Das Schneeballsystem in Aktion: Verteilung der Energiedepeschen

Wir hätten es nicht für möglich gehalten: Von der letzten Energiedepesche Nr. 5 wurden 15.000 Exemplare verbreitet. Wir mußten noch 5.000 Stück nachdrucken, trotzdem sind kaum noch Exemplare da. Viele Mitglieder haben sich aktiv engagiert und Pakete mit 50 oder 100 Stück verteilt. Obwohl wir damit keine finanzielle Verpflichtung verbunden haben, überwiesen ein Großteil der Verteiler 50 DM. Damit war die Aktion ein überwältigender Erfolg. Etlichen war jedoch die Verteilung von 50 Exemplaren zuviel. Um hier entgegenzukommen, bie-

ten wir nunmehr auch Pakete mit 25 Depeschen an. Ab 50 Depeschen lohnt sich ein Versand zu reduzierten Gebühren des Postzeitungsdienstes, der **nur einmal bei Erscheinen der Depesche** möglich ist. Geben Sie uns deshalb gleich Bescheid, ob Sie sich an unserer Aktion Schneeball beteiligen wollen (Ausschnitt ausfüllen oder Anruf 02224/78475). Wiederum kommt es der Vereinsarbeit sehr zugute, wenn Sie zu den Druckkosten durch eine Spende (bei 25 Exemplaren etwa 30 DM und bei 50 Exemplaren etwa 50 DM) beitragen. *

Energietelefon

Alle Verbraucher können sich jetzt in Energiefragen telefonisch durch Experten beraten lassen: Am Energietelefon des Bundes der Energieverbraucher sitzen erfahrene Energieberater, Anwälte, Schornsteinfeger und Ingenieure und geben praktische Ratschläge in allen Energiefragen: Im entlegensten Landstrich ebenso wie in großen Städten. Folgende Beratungszeiten und Telefonnummern stehen zur Verfügung:

Allgemeine Energiefragen, Heizung, Dämmung:

Montags 20-21 Uhr	040/3902939	Michael Hell
Mittwochs 20-21 Uhr	07195/2435	Ansgar Schrode
Mittwochs 21-22 Uhr	04671/2752	Günther Thomas

Hausgeräte:

Dienstags 20-21 Uhr	06121/520187	Klaus Michael
---------------------	--------------	---------------

Rechtliche Fragen:

Montags 18-19 Uhr	02841/25207	Klaus Kall
-------------------	-------------	------------

Schornsteinfragen:

Freitags 9-10 Uhr	0681/79987	Hans-J. Ternig
-------------------	------------	----------------

BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER e.V., Bonn, Bundesgeschäftsstelle: Josefstr. 24, 5342 Rheinbreitbach, Tel.: 0 22 24 / 7 84 75, Spenden und Beiträge: Postgiro Köln Nr. 175 73-508

Ja, ich möchte die „Energiedepesche“ verteilen und so den Bund der Energieverbraucher bekannt machen. Schicken Sie mir bitte völlig kostenlos

25 Exemplare ☐

50 Exemplare ☐

100 Exemplare ☐

Ich werde entsprechend meinen Möglichkeiten zu Finanzierung von Druck und Versand beitragen ☐

Name

Strasse

Ort

Telefon

**Bitte ausschneiden und schicken an:
Bund der Energieverbraucher, Josefstr.
24, 5342 Rheinbreitbach**



Neue Stromtarife – Nachlese Betrifft: Absatzfördernde Werbung

Aus einem Brief des Bundes der Energieverbraucher vom 7.6.1989 an den im Bundeswirtschaftsministerium für die Tarifnovelle zuständigen Referenten MR Martin Cronenberg: „Besonders erfreulich und bemerkenswert haben Sie auf die Anregung von Verbraucherseite reagiert, die Einrechnung der Kosten für absatzfördernde und energiepolitische Werbung der Versorgungsunternehmen in Stromtarife durch die Bundestarifordnung zu untersagen. Nach Ihren Worten ist wirkungsvoller und erfolgsversprechender als ein entsprechender Passus der Bundestarifordnung, wenn der Bundeswirtschaftsminister bei den Energieaufsichtsbehörden der Länder auf eine entsprechende Genehmigungspraxis

drängt. Wir danken Ihnen für Ihre Zusage, sich in diesem Sinn an Ihre Kollegen aus den Ländern zu wenden. **Wir werden unsererseits sorgfältig darauf achten, ob in Zukunft von Seiten der Stromversorgungsunternehmen absatzfördernde Werbung betrieben wird.** Sollte dies der Fall sein, würden wir Ihnen entsprechende Belege übersenden. Das würde dann aus unserer Sicht bedeuten, daß eine endgültige Lösung dieses Problems nur durch eine entsprechende Ergänzung der BTO bzw. generell auf dem Verordnungswege zu erreichen ist....“

Wir bitten alle Vereinsmitglieder, bei dieser Beobachtung tätig mitzuwirken und uns mit entsprechendem Material zu versorgen!

Wolfgang Knigge

In Bremen ist Cafe Knigge seit 100 Jahren ein Begriff für kultiviertes Kaffeetrinken und feine selbst hergestellte

vom Bund der Steuerzahler bemerkenswerterweise verschwiegen, ohne daß der Verein entsprechend seiner

Aufgabe auch hier die „öffentliche Verschwendung“ anprangert.

So war es nur folgerichtig, daß Knigge den Bund der Energieverbraucher aktiv mit aus der Taufe gehoben hat und dem Präsidium und demnächst auch dem Vorstand des Vereins angehört. *



Gut gesagt:

Angesichts der Meinungen, die viele Bürger über die Risiken der Kernenergie haben, ist es erstaunlich, wie schwach die politische Reaktionen ... ausgefallen sind. Warum haben die Bürger darauf verzichtet, ihren – demoskopisch belegten und offenkundig nicht nur kurzfristigen – Meinungsumschwung in der Kernenergiefrage

in politischen Druck und Wahlentscheidungen umzusetzen? Die angemessene Frage im Hinblick auf die Akzeptanz der Kernenergie ist daher nicht „Warum gibt es soviel Opposition gegen Kernenergie?“, sondern „Warum gibt es nicht mehr Opposition gegen Kernenergie?“

Aus: Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie nach Tschernobyl, von H. P. Peters und L. Hennen, Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Heft 6 1989, S. 376-382.

Kuchen und Torten. Für viele Bonner Ministeriumsbeamte hingegen ist Knigge der Inbegriff eines unbequemen Bürgers, der mit peinlichen Fragen zum Thema Energiepolitik und den Risiken von Kernkraftwerken die Verantwortlichen aufzurütteln versucht.

Seit Beginn der siebziger Jahre hat sich der vielseitige Konditormeister, Vater von vier Kindern, der wöchentlich Streichquartett spielt und philosophischen Interessen nachgeht, intensiv mit den realen Gefahren und Folgen der Kernenergienutzung sowie Problemen des Atomrechts beschäftigt. Er ist auf diesem Gebiet regelrecht zum Experten geworden, hat einschlägige Schriften verfasst und hat schon sehr früh durch Round-Table-Gespräche mit Bremer Politikern und Bürgern die Folgen einer fehlgeleiteten Energiepolitik offenbart.

Knigge ist Mitverfasser einer vielbeachteten Schrift des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein (Arbeitskreis Energiepolitik) zum Thema „Verschwendung von Energie und öffentlichen Mitteln als Folge der Verflechtung von Staat und Energiewirtschaft“. Das Thema wurde aber dem Präsidium offenbar zu heiß, deshalb erfuhr diese erstklassige Studie keine weite Verbreitung. Die Milliardenverschwendung für Atomruinen werden

Sie helfen uns, wir helfen Ihnen, Gemeinsam helfen wir der Umwelt

Wir sind für Sie da.

- mit unserer vierteljährlich erscheinenden "Energiedepesche" mit vielen wertvollen Informationen,
- mit unserem Energietelefon, an dem Sie von Experten gezielt Rat bekommen,
- mit unserer computergestützten Bewertung Ihres Heizenergieverbrauchs.

Fördern Sie unsere Arbeit! Füllen Sie das Beitrittsformular aus, und schicken Sie es noch heute ab.



Die Arbeit des Bundes der Energieverbraucher interessiert mich. Bitte senden Sie mir Informationsmaterial. <input type="checkbox"/>	
Name, Vorname, Firma _____	
Straße, Hausnummer _____	
PLZ, Ort _____	
Ich möchte regelmäßig die Energiedepesche lesen und Mitglied im Bund der Energieverbraucher werden. <input type="checkbox"/>	
Jahresmitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen): <input type="checkbox"/> 24 DM Grundbeitrag	
<input type="checkbox"/> 12 DM ermäß. Beitrag	
<input type="checkbox"/> 98 DM Gewerbetreibende	
<input type="checkbox"/> 180 DM Förderbeitrag	
Datum, Unterschrift _____	
Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	
Mit der Veröffentlichung meines Namens im _____	
Jahresmitgliederverzeichnis bin ich: <input type="checkbox"/> Einverstanden <input type="checkbox"/> Nicht einverstanden	
Bitte buchen Sie wideruflich meinen Mitgliedsbeitrag von folgendem Konto ab:	
Kontonummer _____	Bankleitzahl _____ Bankname _____ Postleitzahl u. Ort der Bank _____

Bitte ausschneiden und sofort abschicken an: Bund der Energieverbraucher, Josefstr. 24, 5342 Rheinbreitbach.

Domotechnika

Immer weniger Strom und Wasser werden benötigt, um Lebensmittel zu kühlen oder zu gefrieren, Wäsche zu waschen oder Geschirr zu spülen. Die 1989er Gerätegeneration, die auf der Domotechnika in Köln kürzlich vorgestellt wurde, setzt in vielen Punkten wieder Sparrekorde. Weniger Strom- und Wasserverbrauch bedeuten neben weniger Ressourcenverzehr und Umweltbelastung auch weniger Betriebskosten.

Kaufpreis contra Betriebskosten

Was viele Verbraucher nicht wissen: die Betriebskosten von Hausgeräten liegen oft gleich hoch oder höher als der Anschaffungspreis. Beim Gerätekauf sollte man deshalb unbedingt aufpassen und mitrechnen. Teurere, aber sparsamere Geräte können sich oft bald schon amortisieren. Und oft sind die sparsameren Geräte nicht einmal teurer. Aufpassen lohnt sich auch deshalb, weil es neben den älteren Ladenhütern auch noch viele Neugeräte mit sehr hohen Verbräuchen gibt.

Kühl- und Gefriergeräte

Bei Kühl- und Gefriergeräten setzt sich der Trend zur besseren Isolation durch besonders starke Wärmedämmung langsam weiter durch. Dies gilt für tischhohe wie auch für höhere Standgeräte mit und ohne Gefrierfach. Zunehmend werden auch kleinere und angepaßte Kompressoren mit hohem Wirkungsgrad eingesetzt. Einen neuen Sparweltrekord erreicht der Gram LER 200-Kühlschrank aus Dänemark, der bei 200 Litern Volumen nur 0,24 kWh/Tag verbraucht und jetzt auch über Hamburg lieferbar

ist (vgl. aktuelles). Die spezifischen Stromverbräuche der sparsamsten und der am meisten verbrauchenden Geräte liegen extrem weit auseinander (0,12 - 4,00 kWh/100 Liter und Tag).

Einzelgeräte am sparsamsten

Der Modetrend bei Kühlmöbeln geht derzeit hin zum kombinierten Gerät mit Kühl-, Gefrier- und Kellerfach. Am sparsamsten sind allerdings die auf eine einzige Anwendung hin optimierten Geräte, also reine Kühlschränke ohne Gefrierfach und Ge-

Kühlschränke mit **/***-Fach und Kühl- Gefrier-Kombinationen

Typ	Volumen		Stromverbrauch		Kosten in 15 Jahren (DM)	
	Kühl	Gefrier	Gesamt	absolut		spezif.
	(Liter)	(Liter)	(Liter)	(kWh/d)		je 100 l (kWh/d)
Tischgeräte mit **- oder ***-Fach						
Liebherr KT 1483 (***)	116	15	131	0,50	0,34	684
AEG ÖkoSanto1535 TK(***)	126	19	145	0,60	0,37	821
Bosch KTF 1541 (***)	137	7	144	0,65	0,43	890
Standgeräte mit **- oder ***-Fach						
Asko Polar KSF 2302 (**)	199	16	215	0,65	0,28	890
Asko Polar KSF 3302 (**)	302	18	330	0,75	0,22	1027
AEG Santo 2330 KA (***)	204	19	223	1,05	0,43	1437
Liebherr KS 3033 (***)	268	21	289	1,15	0,37	1574
Kühl-Gefrier-Kombinationen (Standgeräte)						
AEG Santo 2200 DT (****)	168	48	216	1,10	0,42	1506
Liebherr KSD 2314 (****)	181	48	229	1,15	0,42	1574
AEG Santo 2600 DT (****)	204	48	252	1,20	0,40	1643
AEG Santo 3000 DT (****)	226	62	288	1,25	0,36	1711
Bosch KSV 2621 (****)	189	67	256	1,25	0,39	1711
Siemens KS 26 V00 (****)	189	67	256	1,25	0,39	1711
Bsoch KSC 3112 (****)	234	67	301	1,30	0,35	1779
Siemens KS 31 C00 (****)	234	67	301	1,30	0,35	1779
Liebherr KGK 3584 (****)	181	125	306	1,35	0,31	1848

Kühlschränke ohne Gefrierfach

Typ	Kühl-Stromverbrauch			Kosten in 15 Jahren (DM)
	volumen	absolut	spezif.	
	(Liter)	(kWh/d)	je 100 l (kWh/d)	
Tischgeräte				
Liebherr KT 1580	143	0,35	0,24	479
Zanussi Z 6165 TM	157	0,54	0,34	739
AEG Öko-Santo	162	0,55	0,34	753
Standgeräte				
Gram LER 200	200	0,24	0,12	329
Asko Polar KS 2451	230	0,54	0,23	739
Asko Polar KS 3501	330	0,64	0,19	876
Vestfrost KS 250	240	0,65	0,27	889
Bosch KSW 3600 (Wein)	339	0,70	0,21	958
Siemens KS 36 W00(Wein)	339	0,70	0,21	958
Bosch KSR 2512	253	0,70	0,28	958
Vestfrost KS 315	305	0,80	0,26	1095
Vestfrost KS 385	370	0,90	0,24	1232

friertruhen. Wer genug Platz hat, sollte deshalb getrennte Geräte kaufen und zumindest das Gefriergerät in einen kühlen Raum stellen.

Waschmaschinen

Besonders sparsame Waschmaschinen der 4,5 - 5 kg-Klasse verbrauchen in diesem Jahr nur noch 68 Liter Wasser und 1,8 kWh Strom. Wesentliche technische Neuerungen gibt es nicht. Fast alle Geräte haben inzwischen Vorrichtungen gegen ein Versickern von Waschmittel im Ausflußrohr und energiesparende Programme mit reduzierter Temperatur und dafür längerer Waschzeit.

Warmwasseranschluß

Mit Warmwasseranschluß gibt es weiterhin sparsame Geräte nur je eines von AEG und von Blomberg. Philco bietet entgegen den Katalogaussagen leider keine Geräte mit WW-Anschluß mehr an. Die Spanne der Verbräuche von 163 ausgewerteten Waschmaschinen lag zwischen 1,7 und 3,00 kWh Strom sowie zwischen 68 und 145 Litern Wasser pro Waschgang.

Spülmaschinen

Besonders sparsame Spülmaschinen der Größenklasse von 12 - 14 Maßgedecken verbrauchen heute nur noch 20 Liter und 1,6 kWh. Sie sind alle für reinen Warmwasser-Anschluß geeignet. Die viel angepriesenen kleinen Geräte für 4 - 8 Gedecke haben zwar geringfügig niedrigere absolute, jedoch deutlich höhere spezifische (pro Gedeck) Verbräuche. Vor ihrer Anschaffung sollte man sich also gut überlegen, ob man nicht doch besser von Hand spült. Auch bei Spülmaschinen gibt es neben den besonders sparsamen (20 Liter/1,6 kWh) noch besonders viel verbrauchende (35 Liter/2,2 kWh).

Perspektive

Gemessen am technisch machbaren muß man sagen, daß bei allen Kühl- und den meisten Gefriergeräten noch erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Daß eine große Gefriertruhe heute weniger Strom benötigt als ein gleich großer Kühlschrank, gereicht zwar der Truhe zum Ruhm, nicht aber dem Kühlschrank.

Eine bisher kaum genutzte Entwicklungsoption (Ausnahme: Electrolux) besteht bei allen Kühl- und Gefriergeräten auch noch hinsichtlich Kältespeicherung und Nachtstromnutzung. Bei Wasch- und Spülmaschinen wird der Faktor Zeit immer noch überbewertet.

Länger laufende und kältere Programme und das Angebot eines vollautomatischen Einweichprogramms (z. B. über Nacht) könnten weitere Ersparnisse und noch geringere Temperaturen ermöglichen. KM *

Gefriergeräte

Typ	GefrierStromverbrauch		Kosten
	volumen	absolut	spezif.
			je 100 l
	(Liter)	(kWh/d)	(kWh/d)
			Jahren
			(DM)
Tischgeräte			
AEG Öko-Arctis 1205 GS	94	0,70	0,74
Bauknecht GKS 1311	107	1,00	0,93
Liebherr GS 1502	113	1,05	0,93
Standgeräte			
AEG Öko-Arctis S. 2215 GS	184	0,65	0,35
Liebherr GSS 2663	210	0,70	0,33
Liebherr GSS 3063	240	0,75	0,31
Liebherr GSS 3363	266	0,80	0,30
Gefriertruhen			
AEG Öko-Arctis S. 2315 GT	215	0,45	0,21
AEG Öko-Arctis S. 2715 GT	259	0,50	0,19
AEG Öko-Arctis S. 3415 S. GT	325	0,60	0,18
Vestfrost SB 140	128	0,62	0,48
AEG Öko-Arctis S. 4015 GT	377	0,65	0,17

Spülmaschinen

Typ	Volumen (Gedecke)	Strom- verbr. (kWh)	Wasser- verbr. (Liter)	Kosten in 15 J. (DM)
AEG Öko-Favorit 565/665	12	1,6	20	1800
AEG Öko-Favorit 765/865	12	1,6	20	1800
sowie 33 Modelle mit	12	1,8	22	2184

Waschmaschinen

Typ	Volumen (kg)	Schleu- derdreh- zahl (U/min)	Strom- ver- brauch (kWh)	Wasser- ver- brauch (Liter)	Kosten in 15 Jahren (DM)
Mit Warmwasseranschluß					
AEG Öko-Lavamat 655	5,0	1000	0,6	75	1687
Blomberg WAG 1155	4,5	1100	0,6	105	1860
Ohne Warmwasseranschluß					
Bosch WFE 7300	5,0	1300	1,8	68	1849
Bosch WFE 8300/8510	5,0	1400	1,8	68	1849
Constructa CW 29310	5,0	1400	1,8	68	1849
Siemens WE 48301/48310	5,0	1300	1,8	68	1849
Siemens WE 49310/49510	5,0	1400	1,8	68	1849
Zanker Lavita 1100	5,0	1100	1,8	75	1931
AEG Öko-Lavamat 693/750	5,0	1400	1,9	68	1907

Einweichprogramm

Ein vollautomatisches Einweichprogramm mit langer Wirkdauer, welches große Waschmittelsparungen und geringere Temperaturen ermöglichte, gibt es noch nicht; ein Gerät (Zanker Lavita) hat schon ein halbautomatisches Einweichprogramm.

Zwischenschleudern spart Spülen

Manche Geräte (z. B. AEG) ersparen ein oder zwei Spülgänge durch ein Zwischenschleudern nach dem Hauptwaschgang und zwischen den Spülgängen, wodurch das Waschmittel auch mechanisch statt nur chemisch (Wasser) gelöst wird.

100 Millionen für Energiesparlampen

Der Vertrag ist unterschrieben: Die VEBA hilft dem Land Schleswig-Holstein mit einem 100-Millionen-DM-Kredit beim Stromsparen in öffentlichen Gebäuden. Die Rückzahlung soll über die eingesparten Stromkosten finanziert werden.

Das spektakuläre Projekt war von VEBA-Chef v. Bennigsen-Foerder angeregt worden. „Trotz teilweise unterschiedlicher energiepolitischer Grundvorstellungen“, wie es in der Presseerklärung heißt, wurde der Vertrag am 11.4.1989 unterzeichnet. Er sieht im einzelnen vor:

1. Das Land Schleswig-Holstein ersetzt 1989 und 1990 möglichst viele Glühlampen durch Energiesparleuchten. Die VEBA finanziert die Lampen durch einen Kredit.

Die Rückzahlung von Kredit und Zinsen erfolgt innerhalb eines Siebenjahres-Zeitraums über die Stromrechnung des jeweiligen Einsatzortes. Un-

ter dem Strich ergibt sich für die öffentliche Hand dennoch eine Kostenersparnis.

2. In weiteren Objekten des Landes werden Stromsparmöglichkeiten untersucht und durch VEBA-Darlehen erschlossen. Die Rückzahlung erfolgt ebenfalls über gesparte Stromkosten. Detailuntersuchungen werden mit 1,5 Millionen DM nichtrückzahlbarer VEBA-Mittel und 0,3 Millionen DM; Landesmittel finanziert.

3. In einem Modellversuch soll in Lübeck durch moderne Lichttechnologie der Leistungsbedarf der Straßenbeleuchtung gesenkt werden.

Für die Projekte 1. bis 3. stellt die

VEBA einen Kredit in Höhe von 88,5 Millionen DM zur Verfügung.

4. Das Land und die VEBA gründen ein Forschungsinstitut. Es soll klären, in welchen Bereichen durch rationellere Stromanwendung der CO₂-Ausstoß vermindert werden kann. Die VEBA unterstützt das Institut durch einen einmaligen nichtrückzahlbaren Zuschuß von 10 Millionen DM.

In den Rechenbeispielen wird von einem Preis von 30 DM je Sparleuchte ausgegangen. Durch Großeinkauf kann man laut Presseerklärung sogar mit einem noch 20% niedrigeren Preis rechnen. Bei 6% Zinsen und Tilgung in 7 Jahresraten sind jedes Jahr 5,50 DM an Zinsen und Tilgung zu bezahlen.

Ersetzt man eine 100-Watt-Glühlampe durch eine gleichhelle 20-Watt-Sparlampe, so spart man 80 Watt Leistung. Bei 1000 Benutzungsstunden im Jahr und einem Strompreis von 27,72 Pfennig je Kilowattstunde spart man $1000 \times 0,2772 \times 0,080 = 22,18$ DM jährlich. Zieht man 5,50 DM jährliche Zinsen und Tilgung davon ab, so spart das Land je Lampe und Jahr immer noch 16,68 DM. Ein gutes Geschäft für VEBA und Landesregierung. *

HEIZÖLLIEFERUNG

Warme Ware

Mancher Verbraucher bekommt erwärmtes Heizöl geliefert. Im Tank des Verbrauchers kühlt sich das Öl ab und schrumpft dabei. Der Kunde hat z.B. 3000 Liter bestellt und die Lieferung erfolgte mit 40 Grad. Im Tank befinden sich nach der Abkühlung auf 12 Grad nur 2940 Liter, 60 Liter weniger als bestellt und bezahlt.

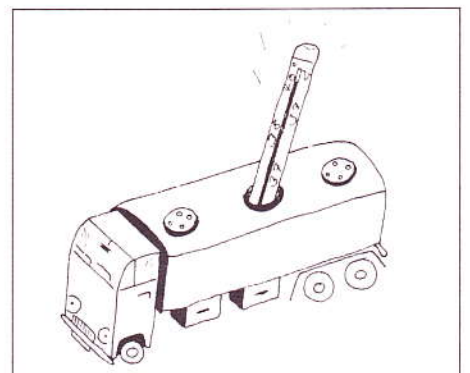
Vor allem in Stoßzeiten wird in der Nähe von Raffinerien Heizöl bis zu 35 Grad oder noch wärmer geliefert. Aber auch an einem heißen Sommertag fließt warmes Heizöl in einen kühlen Tank. Wenn der Verbraucher die volle Lieferung bezahlt, so bezahlt er mitunter zuviel. Verhält sich der Heizöllieferant fair, dann reduziert er den Preis oder liefert mehr Öl, das er dann später nicht in Rechnung stellt. Für den Händler könnte die Versuchung groß sein, „warme Ware“ ohne Preis-

oder Mengenabschlag abzugeben. Wer als Kunde nicht darauf achtet bekommt die erhöhte Liefertemperatur gar nicht mit. Auch später ist über den Füllstand des Heizöltanks kaum eine Kontrolle möglich, weil die geringen Mengenunterschiede sich nicht auf den Füllstand auswirken. Einige Händler führen jetzt Meßgeräte ein, die die Temperatur des Öls erfassen und korrigierend berücksichtigen.

Anders als bei Gas kann man sich als Verbraucher seinen Öllieferanten

selbst aussuchen. Es ist zu hoffen, daß der Wettbewerb unsaubere Lieferpraktiken vermindert. Voraussetzung sind aufgeklärte und kritische Verbraucher.

Übrigens: Die Heizung sollte während der Öllieferung abgeschaltet sein und erst zwei Stunden danach wieder eingeschaltet werden. *



Einseitigkeit

Die Gewinnlage der deutschen Stromwirtschaft ist mehr als ausgezeichnet: RWE, VEW, Bayernwerke und viele andere sehen sich zu **Strompreissenkungen für die Industrie** in der Lage. Die Ursachen: Druck billigen Franzosenstroms, Einigungszwang bei der Entsorgung und Attacken der EG-Kommission. Die Milliardenbeträge aus dem Kohlepfennig, hauptsächlich von den Tarifkunden aufgebracht, die eigentlich dem Bergbau zugute kommen sollten, füllen zusätzlich die Kassen der EVU.

Millionen privater Haushalte, Freiberufler, Handwerker haben wieder einmal das Nachsehen. *

NEU IM „WATTIKAN“

Klätte weg

Der schlagzeilenträchtige Großkonzern RWE (Nukem, Biblis, Mühlheim-Kärlich) besetzt endlich seine Spitze neu.

Günther Klätte (62) hängt als Sprecher des RWE-Vorstands seinen Posten an den Nagel. Er war Gegner der nunmehr bevorstehenden Aufspaltung des Konzerns. Vorstandsvorsitzender – diesen Posten gab es bei RWE bisher nicht – wird nun Friedhelm Gieske, der auf der Linie des RWE-Aufsichtsratsvorsitzenden und ehemaligen Vorstandssprechers der Deutschen Bank F. Christians liegt. Kommentar der konservativen „Welt“: „RWE – Das war die Inkarnation des Staates im Staat. Daß sich der Riese jüngst noch die Texaco ... zulegte, brachte das Faß der Selbstherrlichkeit zum Überlaufen. Bestärkt wird das Unbehagen der Öffentlichkeit durch die überquellenden Kassen ... des Sauriers in Essen, ... der unter Abschreibungsbedarf leidet und eigentlich die Preise senken müßte.... All dieser Machtfilz, der nicht ohne Schaden für die gesamte Wirtschaftsordnung dieser Nation blieb... soll nun Zug um Zug ausgeräumt werden. Daß ein Versorger ein Dienender sein soll, das hat die meisten Köpfe beim RWE noch nicht erreicht.“ *

...ENERGIENACHRICHTEN AKTUELL...ENERGIEN

Ausgleichsabgabe ab 1.1.1989 erhöht

Kohlepfennig

Der Kohlepfennig, also die Ausgleichsabgabe nach dem 3. Verstromungsgesetz wurde ab 1.1.1989 von bundesdurchschnittlich 7,25% auf 8,5% angehoben. Um den unterschiedlich hohen regionalen Strompreisen Rechnung zu tragen, ist der Kohlepfennig in Bundesländern mit hohem Strompreis geringer als in Ländern mit billigem Strom: Baden-Württemberg 7,6%, Bayern 8,3%, Berlin 6,7%, Bremen 8,5%, Hamburg 9,5%, Hessen 8,2%, Niedersachsen 8,9%, Nordrhein-Westfalen 9,2%, Rheinland-Pfalz 8,6%, Saarland 8,8%, Schleswig-Holstein 7,6%. ▲

Zukunftsenergien

Neuer Verein bündelt Anstrengungen

Am 15. Juni wurde in Bonn das „Forum für Zukunftsenergien eV“ gegründet. Zukunftsenergien sind erneuerbare Energien, Einsparenergie, aber auch Kohle und Kernenergie. Beteiligt und dadurch eingebunden sind die Industrie, die Forschung, die Solarverbände und auch die Stromwirtschaft. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert den Verein in den ersten fünf Jahren mit 1 Mio. DM Starthilfe jährlich im Bereich erneuerbare Energien, wenn die Wirtschaft nochmals den gleichen Betrag einbringt. Es sollen konsensfähige Zukunftsperspektiven entwickelt und umgesetzt werden. ▲

Sonnenstrom ins Netz

Neue Erfindung reduziert Kosten

Zwei Ingenieure aus Nordenham (Karl-Heinz Sonder und Joachim Rieder) haben ein genial einfaches Prinzip entwickelt, mit dem selbst kleinste Mengen Strom aus Sonnenzellen oder Windmühlen usw. ins Stromnetz eingespeist werden können. Die Herstellungskosten liegen, so heißt es, bei 150 DM, der Verkaufspreis soll unter 1000 DM betragen. Statt mit Spulen arbeitet das Gerät mit einem Koppelkondensator. Der Kondensator wird „regenerativ“ aufgeladen, ins Netz geschaltet und gibt dort seine Energie ab. Jetzt sucht man nach einer Firma, die das Gerät in Serie fertigt. ▲

Windkraft

Bund fördert 100 MW

Bundesforschungsminister Riesenhuber will einen „100 MW Windenergie Breitentest“ fördern. 10 Jahre lang wird ein Betriebskostenzuschuß von 8 Pf je erzeugter Kilowattstunde bezahlt, solange die Zuschüsse den zweifachen Kaufpreis nicht überschreiten. Privatpersonen und Landwirte bekommen alternativ auch einen 30- bis 40-prozentigen Investitionszuschuß. Viele Anträge liegen bereits vor, ein Anspruch auf Förderung besteht nicht. Ob wohl die großen EVU auch die meisten Anlagen gefördert bekommen? Unterlagen können beim Projektträger Kernforschungsanlage Jülich, Postfach 1923, 5170 Jülich angefordert werden. ▲

Heizkessel

Brennwerttechnik ausgereift

Die Brennwerttechnik hat sich in der Bundesrepublik, im Unterschied etwa zu Frankreich oder den Niederlanden, noch nicht allgemein durchgesetzt. Die Brennwertkessel nutzen die Wärme, die normalerweise ungenutzt durch den Schornstein entweicht. Auch der in den Abgasen enthaltene Wasserdampf gibt seine Verdunstungswärme an das Heizsystem ab und schlägt sich dabei als Wasser (Kondensat) nieder. Da bei der Verbrennung von Gas mehr Wasserdampf entsteht als z.B. bei Öl, lohnt sich die Brennwerttechnik bei Gas besonders. Die Energieersparnis kann hier über 10% betragen. ▲

Selbst bauen!



Solaranlagen für Warmwasser

Komplette Bausätze für Kollektoren

Info-Paket und Kollektor-Test 1986 anfordern. Kostenlos!

WAGNER & CO

SOLARTECHNIK
Zimmermannstraße 6a
D-3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 6 70 55

Ruhrgas

Goldesels Dividende

Satte 87% beträgt der diesjährige Dividendensatz der Ruhrgas, bezogen auf das von den Aktionären eingebrachte Grundkapital. 461 Millionen DM werden an die Aktionäre verteilt. Durch Ausgabe von Gratis-

aktien wurde der Glanz des Ruhrgas-Gewinns zusätzlich schon „abgeblendet“. Die Ruhrgas rangiert damit als Spitzenverdiener noch vor der blendend verdienenden Großchemie. Einen Teil der in den letzten 12 Monaten um 0,4 Pf/kWh gesunkenen Gasimportpreise gibt die Ruhrgas

an ihre Kunden, die örtlichen Gasversorgungsunternehmen weiter: Ab April senkte Ruhrgas die Preise für Letztverteiler um 0,1 Pf/kWh, ab Juli um 0,14 Pf/kWh. Ob die Letztverteiler dies an uns Verbraucher weitergeben (wie z.B. die Stadtwerke München) oder selbst einstreichen, bleibt abzuwarten.

Sonnenenergie

Bundesrepublik ist Schlußlicht

Gerade 40 Quadratcentimeter (6,3 x 6,3 cm) Sonnenkollektorfläche entfallen in der Bundesrepublik auf jeden Einwohner. Damit rangieren wir im internationalen Vergleich auf den hintersten Plätzen. In der klimatisch vergleichbaren Schweiz kommt man mit

400 Quadratcentimetern (= 20 x 20 cm) pro Einwohner auf das Zehnfache. Selbst die Schweden rangieren noch vor Deutschland. Seit 1975 haben sich die Kollektorpreise halbiert, der Wirkungsgrad um 30% erhöht und die Zuverlässigkeit erhöht. Warum setzt sich in der Bundesrepublik die Sonnenenergie nur so zögerlich durch? ▲

Homburg hat die deutsche Energiepolitik kritisiert. Sie wirke preistreibend, belaste den Steuerzahler, führe zu vermeidbaren Umweltbelastungen, bewirke erhebliche Fehllenkungen und verteuere den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik. Der Kreis sieht allen Anlaß zu einer kritischen Durchleuchtung des Bereichs. ▲

Subvention von nur 1,9 Pfennig. Stromwirtschaft und Bundeswirtschaftsministerium kritisieren das Zahlengerüst. ▲

Kühlschränke

Sparweltmeister – 4 Pfg Strom täglich

Kühlschränke gehören zu den Stromvielfressern im Haushalt. Der neue Gram

LER 200 braucht statt der üblichen 280 kWh jährlich nur 90 kWh – in 24 Stunden nur ganze 0,24 kWh. In 15 Jahren summiert sich die Ersparnis gegenüber einem marktüblichen Gerät leicht auf 500 DM. Der SparWeltmeister hat übliche Einbaumaße und bietet ein Kühlvolumen von 200 Liter. Das

von Hamburg (Tel. 040/449734) aus vertriebene Gerät kostet frei Haus etwa 1600 DM. ▲



Hessen

Energieberatung gefördert

Großzügige Zuschüsse für die Energieberatung von Hauseigentümern gibt es neuerdings in Hessen. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern werden Beratungskosten von bis zu 970 DM mit bis zu 820 DM gefördert. Bei Mehrfamilien- und Gewerbegebäuden gibt es noch mehr Geld. Auskünfte beim Hessischen Wirtschaftsministerium, Postfach 3129, 6200 Wiesbaden.

Kronberger-Kreis-Studie

Mehr Markt im Energiebereich

Der Wissenschaftliche Beirat des Frankfurter Instituts für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, Bad

Billiger Kernkraftstrom:

Kernkraftgroschen oder Kohlepennige?

Mit 7,6 Pfennig haben Bund und Länder zwischen 1989 und 1988 jede aus Kernkraft hergestellte Kilowattstunde Strom subventioniert. Das rechnete die Industriergewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) in der Schrift „Heimische Kohle“ vor. Nach Angaben der Atomwirtschaft gaben Bund und Länder 1956 bis 1988 62 Milliarden DM für Kernenergie aus (in jeweiligen Preisen). Diese Zahl wurde auf heutige Kaufkraft umgerechnet und auf den in Kernkraftwerken erzeugten Strom bezogen. Analog ergibt sich für die deutsche Steinkohle eine

Windkraft

Volks-Windkraft- werk

Der Sturm fegt ums Haus und heizt und beleuchtet es dabei. Ein Volks-Windkraftwerk für Jedermann macht's möglich. Für 1500 DM bekommt man bei Harbarth, Mühlingen (Tel. 07775/1215) einen Generator (12V, 100W), 2 Flügel 1,65 m Durchmesser, Mastkopf, Laderegler, Mastfuß und Sturmsicherung. Rohrmast und Speicherbatterie müssen extra besorgt werden. Auch für schwache Winde ist die Anlage nach Firmenangaben gut geeignet. ▲